N 20587 F

Fragen der Freiheit

Juli/August 1984
Heft 169

Wem gehört der Boden?

»Ein Mensch, der geboren wird in einer Welt, die bereits besetzt ist, hat, wenn seine Familie nicht die Mittel besitzt, ihn zu ernähren, oder wenn die Gesellschaft nicht seiner Arbeit bedarf, nicht das mindeste Recht, irgendeinen Anteil an Nahrungsmitteln zu beanspruchen. Er ist überzählig und überflüssig auf Erden. Für ihn ist kein Platz gedeckt am großen Tisch der Natur. Die Natur gebietet ihm, sich fortzuscheren und wird nicht säumen, diesen Befehl selbst in Ausführung zu bringen.«

Malthus

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 169

Juli/August 1984

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung

Postverlagsort: 54 Koblenz

Inhaltsverzeichnis

Seite

Lothar Vogel
Wem gehört der Boden? 3

Paul Fischer
Wer erzielte die leistungslosen Vermögensgewinne? 18

Silvio Gesell
Robinsonade, Prüfstein einer Theorie 32

Jobst von Heynitz
Unternehmer sein als Beitrag zur Überwindung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit im Rahmen marktwirtschaftlicher Ordnung 38

Zeitspiegel
Auf dem Wege zum freien Arbeitsvertrag? 55

Buchbesprechungen
Hans Hofmann: 75 Jahre Schweizerische Nationalbank 58

Ankündigungen des Trithemiusinstitutes 62

Wem gehört der Boden

Lothar Vogel

»Die Natur ist Feindin ewiger Besitzungen. Sie zerstört nach festen Gesetzen alle Zeichen des Eigentums, vertilgt alle Merkmale der Formation. Allen Geschlechtern gehört die Erde; jedes hat Anspruch auf alles. Die früheren dürfen diesem Primogeniturzufalle keinen Vorzug verdanken.«

Novalis

Wieder vollzieht sich, was sich in der Wirtschaftsgeschichte so oft vollzogen hat und immer mit sozialen Katastrophen endete: Der Boden des Landes geht unmerklich für die meisten, denn man hat sich schon daran gewöhnt bzw. man hatte es in der eigenen kurzen Lebensperiode nie anders erlebt, im schleichendem Prozeß der Inflation mehr und mehr in die Hände großer und größter Kapitaleigner, Versicherungsgesellschaften, Banken, Industrieunternehmen usw. über. Die Bodenpreise steigen und steigen. Die Landwirtschaft verschuldet, die Landarbeit wird unbezahlbar.

Solche Vorgänge beobachten wir, den Geschichtsverlauf überblickend, schon in ältesten Kulturperioden, wie im alten China oder im frühen Griechenland vor den Solonischen Reformen, bei den Römern und vor der Reformation, wo mit dem ausgehenden Mittelalter die Kirche nach und nach fast den ganzen Grund und Boden durch die Legate frommer Erblasser verschlungen hatte.

Aber wie merkwürdig: für die Volkswirtschaftslehren unserer Universitäten scheint dieses Problem kaum zu bestehen. Der notwendigen und überaus heilsamen Geldreform 1948 folgte *keine durchgreifende Bodenreform*, und bis heute werden die wie eine stetig steigende Überschwemmung drohenden Probleme in keiner Weise ausgelotet.

Daß hier massive Interessen des kapitalistischen Wirtschaftssystems die klare Sicht der nationalökonomischen Wissenschaft trüben, ist sicher nicht die unwesentlichste Seite der Angelegenheit. Dennoch spielen für unsere Aufgabenstellung Erkenntnisprobleme die Hauptrolle.

I

Sozialerkenntnis und ihre methodischen Prioritäten

Wie auf allen Gebieten der »anerkannten« Wissenschaften hat sich seit der Aufklärung und vor allem seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts auch auf dem Felde der Sozialwissenschaft die naturwissenschaftliche Methode als die einzig maßgebende durchgesetzt. Diese Methode besteht darin, die menschlich-sozialen

Verhältnisse wie Tatsachen der unbelebten Natur »objektiv« (wie man glaubt) kausal, mathematisierend zu behandeln.

Es wird nicht gefragt, wie sich die sozialen Verhältnisse aus der menschlichen Natur heraus entwickelt haben, ob sie dieser Natur entsprechen oder ihr verderblich sind und so weiter. Dabei scheint ein unausgesprochenes Verbot der akademischen Zünfte zu bestehen, diese Methodik zu ändern, oder auch nur zu erweitern. Die so an die sogenannten exakten Wissenschaften gebundene Sozialwissenschaft sucht nun, wie diese, das heute geradezu unübersehbar gewordene Wissenskonglomerat empirisch-analytischer Endfakten zu *beschreiben* und aus ihnen ein statistisch gesichertes, fixes Seinsbild zu gewinnen, in dem jedoch Mensch und Menschlichkeit – wie alle biologisch-ökologischen Zusammenhänge der Lebensumwelt – zerrieben und zerrissen werden. Sozialwissenschaft in diesem Sinne als verobjektivierte Faktenwissenschaft entwickelt, die sich weitgehend nur auf Stoffsammlung, Statistik, Experiment und Hypothese stützt und ohne Klärung der Erkenntnismittel (Erkenntnistheorie) und der Wesensart des Erkenntnisgegenstandes also jede qualitative Wesenserkenntnis in der Beziehung von Mensch und Natur verachtet, lächerlich zu machen sucht und geradezu leugnet, hat darin ihrerseits eine *Unmethode* entwickelt. Die Folge ist eine weltweit drohende Vernichtung der Lebensordnungen in den Meeren, in der Atmosphäre, im Pflanzen-und Tierreich – auf der ganzen Erde. Die fortschreitende Bedrohung der Menschheit durch die Politik Rußlands und der Vereinigten Staaten ist letztlich auch nur die Konsequenz der fortschreitenden Polarisierung (Diabolie) im Denken. Dieser Zustand wird nun zum Spielfeld einer gleichfalls sich als objektivexaktverstehenden Sozialwissenschaft, die sich über geschichtliche, über gegenwärtige und vor allem über zukünftige Notwendigkeiten keine Urteile erlaubt.

In diesem Sinne können wir von einer solchen Sozialwissenschaft keine Sozialerkenntnis erwarten, die in der Lage wäre, aus den Turbulenzen der Gegenwart in menschengemäße Verhältnisse zu führen. Die größten Hemmungen, zu lebensgemäßen Sozialverhältnissen zu gelangen, liegen in den wissenschaftsmethodischen Einengungen der »volkswirtschaftlich-sozialwissenschaftlichen Schule« und den von ihr abhängigen Verwaltungs- und Regierungsinstanzen.

Seit Jahren ist es das Anliegen der »Fragen der Freiheit« im Sinne einer neuen Ordnung des Rechts und der Sozialität weiterführende, praktikable Gedanken *für Lehre und Praxis* zu entwickeln.

Wo liegen nun die methodischen Prioritäten einer dem Einzelmenschen wie der Gesellschaft dienenden Sozialerkenntnis? Niemand, der sich diese Frage unvoreingenommen stellt und der nicht von vorneherein im Auftrag gezielter Herrschaftsinteressen argumentiert, wird ableugnen, daß sie – zunächst einmal ganz allgemein gesprochen – in der Förderung und Sicherung der Daseinsbedürfnisse

der menschlichen Natur liegen. Damit wird Sozialerkenntnis praktisch und ideell zu *Sozialanthropologie*. Und ebenso allgemein gesprochen kann man sagen: überall wo *Sozialwissenschaft* nicht *Sozialanthropologie* ist, hat sie ihr Ziel verfehlt und dient dann möglicherweise außermenschlichen Systemen und gegenmenschlichen Zwecken.

Der Mensch selbst in allen seinen organisch-existentiellen Naturzusammenhängen, wie in seinen geistig-mitmenschlichen Verbindungen, ist das Forschungs- und Ordnungsfeld einer wahren Sozialwissenschaft, er selbst ist Priorität ihrer Untersuchungen. Nun erst folgt die Gestaltung der Umwelt. Hierzu gehört vor allem die Erhaltung der Integrität der elementaren Natur, mit der der Mensch eine organische Einheit bildet, also die Reinhaltung der Elemente des menschlich-ökologischen Zusammenhangs, vor allem des Wassers und der Luft. *Ökologie* wird, von dieser Seite betrachtet, zu einer Grunddisziplin der Sozialwissenschaft, und jede industrielle Unternehmung dürfte letztlich nur in Übereinstimmung mit ihr geplant und ausgeführt werden.

Von höchster Bedeutung in der Rangordnung der Sozialordnungsfaktoren ist dann vor allem aber der *Grund* und *Boden*. Mit dem Zinsheft (»Der Zins den wir bezahlen«; März – April 1984, Heft 167) haben wir bereits das Thema sozialwissenschaftlicher Prioritäten, das neben dem Geldwesen auch bereits den Bodenzins berührt (Grundrenten, Mieten, Pachten), angesprochen. In diesem Heft soll nun das Paralleithema, das noch von elementarerer Beudeutung ist, behandelt werden: »Wem gehört der Boden?« Dieses Thema, weiter verdeutlicht, könnte lauten: »Was bedeutet der Boden für jeden einzelnen Mensch in der Gesellschaft, für das arbeitende Volk, und wie erscheint das Bodenproblem für die ganze Erde vom Standpunkt der Naturerhaltung?«

II

Das Bodenmonopol

Wie das Licht der Sonne, das alles Leben erweckt, wie die Luft, die es beseelt, wie das Wasser, das es bewegt und erfrischt, so ist auch die Erde ein Element, das allen Lebewesen, die sie trägt und ernährt, angehört. Darauf beruht auch das Urverhältnis von Erde und Mensch. Allen gehört die Erde, und es widerspricht diesem Lebensgesetz – der *Natur der Sache* – dem Grundsatz jeden *Naturrechts*, daß sich *Eigentum* an Grund und Boden gebildet hat. An der Schwelle der Eigentumsbildung steht der Ausschluß von Mitmenschen, stehen List und Gewalt und unter den Völkern der Krieg. Die Verfassungen naturverbundener, in ursprünglichen Ordnungen lebender Gemeinwesen und Völker kennen daher zwar ein Familien-, Gemeinde- und Volkseigentum, für den Einzelnen jedoch nur *Besitz*,

der durch die Gemeinschaft zugeteilt wird und der der Gemeinschaft verpflichtet bleibt. Es muß also streng zwischen dem Rechtszustand von Besitz und Eigentum unterschieden werden, was selbst unter Juristen sehr selten geschieht.

Erbe, Eigentum und Besitz

Drei Begriffe sind es, die die Verfügungsrechte wenig unterstützen und ausdrükken. Naiv, aber wahrhaftig bei Goethe:

Der Lehrer spricht:
»Bedenk o Kind!
Woher sind diese Gaben?
Du kannst nichts von dir selber haben.«
Kind:
»Ei alles hab ich vom Papa.«
Lehrer:
»Und der, woher hats der?«
Kind:
»Vom Großpapa.«
Lehrer:
»Nicht doch! Woher hats denn der
Großpapa bekommen?
Kind:
»Der hats genommen«.

Goethe

Hier wären wir also schon auf die berühmte These »Eigentum ist Diebsstahl«[1] zurückkatechisiert. Aber wir wollen die Angelegenheit nicht wie die sozial-ideologischen Leute gleich moralisch-altruistisch beurteilen –, wir wissen ja, was dabei herauskommt, sondern den anthropologischen Ansatz anwenden und aus ihm die Frage stellen: Ist nicht für die gesunde Inkarnation eines jeden Menschen Erbe, Eigentum oder Besitz – wir wollen die Begriffe hier noch nicht differenziert gebrauchen – notwendig?

Ist nicht unser Leib bereits unser *Erbe, Eigentum* und mehr und mehr unser *Besitztum*, das zugleich natürlichen Anspruch auf alle Elemente dieser Welt und ein Recht auf ein Stück Erde hat?

»Wieviel Erde braucht der Mensch?« lautet der Titel einer Tolstoi'schen Volkserzählung. Jeder Mensch hat das Recht, *Erbe, Eigner* und *Besitzer* seiner selbst zu sein. Nach der Klärung dieser dreifachen Position kann differenziert werden:

1 Pierre Joseph Proudhon in seiner Preisschrift »Über das Eigentum».

Im »Erbe« liegt primär ein physischer Aspekt, aber auch ein biologischer, man spricht von Erbfaktoren, von erblicher Belastung, aber auch vom kulturellen Erbe, das auch belasten kann. Erbe hat zunächst einen Vergangenheitsaspekt. Was ich aber selber vererbe, nicht nur hinterlasse, sondern bewußt übergebe, stifte, kann durchaus Zukunftsbedeutung haben.

> Was du *ererbt* von deinen Vätern hast,
> erwirb es, um es zu besitzen.
> Was man nicht nützt, ist eine schwere *Last,*
> *nur was der Augenblick erschafft, das kann er nützen.*
>
> Goethe, Faust I

Es ließen sich gerade bei Goethe noch zahlreiche Hinweise zu den drei Begriffen zitieren, denn wenige haben, wie er, die Güter und Erbschaften der Vergangenheit geschätzt und gepflegt, den Besitz verantwortlich bewahrt und das *eigentliche,* das Eigentum, *richtig* verstanden. Es sollen hier zwei Beispiele genügen:

> »Wie vieles ist denn dein«?

so wird Prometheus im Pandorafragment gefragt und er antwortet:

> »Der Kreis, den meine *Wirksamkeit* erfüllt!
> Nichts drunter und nichts drüber«.

Das *Eigentum* wird in einem kleinen Gedicht in gleichem Sinne charakterisiert:

> »Ich weiß, daß mir nichts als der Gedanke angehört,
> der ungestört aus meiner Seele will fließen,
> und jeder günstige Augenblick, den mich ein
> liebendes Geschick von grund aus läßt genießen«.

Die Begriffe *Erbe, Eigentum und Besitz* können bei dem Versuch, ihre Unschärfen zu überwinden, in folgender Weise charakterisiert werden:

Erbe: Vorzüglich durch materielle Güter bestimmt; *vergangenheitsbezogen.* Hinterlassenschaft der letzten Generation. Zukunftsorientiert als Dotation oder Stiftung für Menschen, die zukünftig gefördert werden sollen.

Besitz: Güter, vorwiegend materiell wirtschaftlicher Art, die in der *Gegenwart* genützt werden.

Eigentum: Geistiger Aspekt, der vor allem im Erwerb von Fähigkeiten gipfelt. Der Mensch verwirklicht sich als sein eigenes Eigentum.

Nur was der Eigentätigkeit des unternehmenden Einzelmenschen entspringt, kann daher *Eigentum* genannt werden.

Das Wasser, das ich schöpfe, mit dem ich eben meinen Durst lösche, nicht die Quelle ist mein Eigentum.

Die Frucht, die ich vom Baum pflücke, den ich selber gepflanzt habe, ist mein Eigentum, nicht der Boden, in dem der Baum wurzelt.

Im strengsten Sinne kann nur die *Eigenintention*, die *Eigenarbeit Eigentum* sein. Idee, Intention, der Impuls zur Eigentätigkeit, die Arbeit, das geistige Leben im Menschen ist und bleibt sein *Eigentum*. In diesem, jedem Menschen innewohnenden Eigentumsbegriff, in dem *Jeder Eigner seiner selbst ist*, liegt der Quell der naturrechtlichen Position aller Menschen. Darin hat Stirner recht, daß er mit dem *Einzigen und seinem Eigentum* ein modernes Naturrecht zu begründen sucht.

In dem Drang des Menschen zur Selbstverwirklichung, zur Selbstfindung liegt aber zugleich die Neigung, sich mit der Welt zu identifizieren, wie wir dies als berechtigte Lebensregung beim kleinen Kind in ganz elementarer Weise beobachten können. Aus diesem Bestreben, die absolute und unbedingte Selbsterfassung auch auf die nähere und weitere Umwelt auszudehnen, entspringt nun ein falscher *Eigentumsbegriff*. In ihm schließt der Eigner wirtschaftlicher Güter, vor allem des Grund und Bodens, die Mitmenschen aus. Durch die Unvermehrbarkeit des Bodens tritt sehr bald Knappheit ein. Das Bodeneigentum wird zum Machtinstrument, zum ersten und gefährlichsten *Monopol*; Eigentum an Grund und Boden wird zu einem antisozialen Prinzip. *Alle Dinge*, die der Mensch nicht selber geschaffen hat, *können sein Eigentum nicht sein*! *Sie unterstehen unerbittlich* ihren eigenen Natur- (und Rechts-)Gesetzen und müssen ihrer Natur gemäß behandelt werden. Eigentum ist allein der Kreis, in dem ein Mensch schöpferisch tätig ist. Alle übrigen Seinsverhältnisse können nur treuhänderisch gepflegt, geordnet, gestaltet werden. Der Rechtstitel dieser Funktion ist der Besitz. In diesem Sinne hat Pierre Joseph Proudhon klar zwischen *Eigentum* und *Besitz* unterschieden, und es wäre dringend erforderlich, auch heute diesen Unterschied zu beherzigen:

»Der persönliche *Besitz* ist die Bedingung des gesellschaftlichen Lebens«. Dagegen »Fünftausend Jahre des Eigentums beweisen: Das Eigentum ist der Selbstmord der Gesellschaft. Der Besitz ist rechtlich, das Eigentum ist widerrechtlich. »Unterdrückt das Eigentum und erhaltet so den Besitz; und durch diese einzige Änderung werdet ihr alles in den Gesetzen der Regierung, der Ökonomie, der Institutionen umändern. Ihr verjagt das Übel von der Erde.«

Proudhon wendet sich gegen jede Monopolisierung im Wirtschaftsleben, um die Gegenseitigkeit der Leistungen zu erreichen (»Gegenseitigkeit ist die Formel der Gerechtigkeit«), und dies geschieht alles um des wahren Eigentums, um der freien Persönlichkeit willen. »Ich habe mir zum Stützpunkt das Nichts und zum Hebel den Gedanken genommen. Damit hat der göttliche Arbeitsmann die Welt der Natur geschaffen; damit geschah die erste Schöpfung Himmels und der Erde. Damit muß der Mensch, der ewige Nebenbuhler Gottes, die Welt der Industrie und der Kunst schaffen, die zweite Schöpfung des Weltalls.«

III

Geschichtliche Beispiele zur Bodenrechtsproblematik

Längst schon wurde erkannt, daß Grund und Boden nicht Ware, nicht handelbares Gut, nicht Monopoleigentum, sondern, wie Luft und Wasser, allen Menschen zur Verfügung stehendes Gut sein muß, das seiner Knappheit oder unterschiedlichen Güte wegen in sozialpflichtiger Verteilung grundsätzlich allen Menschen zugänglich sein muß. Es ist erschütternd zu sehen, wie eindeutig diese Erkenntnis sich wie eine goldene Kette von den ältesten Zeiten bis in die Neuzeit verfolgen läßt, ohne daß die etablierten Mächte dieser Wahrheit Rechnung je getragen hätten; ohne daß die volkswirtschaftliche Zunft die Nichtbeachtung bodenrechtlicher Gesetze als Krisenursache herausstellte.

Bodenreform in Griechenland um 560 v. Chr.

»Die Pfandsteine fesselten zahllos
Der Mutter Erde dunkelfarbig Land.
So manchen hat Willkür und hartes Recht
in schmählich Sklavenjoch gebeugt.
So mancher entfloh unmutvoll dem Schuldenzwang,
Irrt fremd von Land zu Land, der eigenen Sprache Laut
vergessend, heimatlos.«

Solons Seisachtheia (Lastentilgung, von »seio« = abschütteln) war sein Versuch, für Athen und das attische Land gesunde Lebensverhältnisse zu schaffen. Als erstes wurden die um ihrer Schulden willen in die Sklaverei verkauften Bürger auf Staatskosten freigekauft. Darauf wurden alle Hypothekenschulden durch eine dreißigprozentige Geldwertsenkung entlastet und zum Teil dadurch schon ganz aufgehoben. Als dritten Schritt führte Solon eine Begrenzung der Größe von Landgütern und damit eine Neuverteilung des Bodens durch.

Grundrechtsprobleme bei den Römern
(aus der Rede des Tiberius Grachus nach Ploutarch 123 v. Chr.)

»Die Tiere in Italien haben ihre Höhlen und Lager, aber den Männern, die für Italien kämpfen und sterben, ist nichts geblieben als die Luft und das Licht. Heimatlos irren sie umher mit Weib und Kind. Sind es nicht eitel Lügen, wenn die Feldherren unsere Krieger zum Kampf ermuntern, indem sie dieselben auffordern, die Gräber ihrer Ahnen und die Altäre ihres Hauses zu beschützen? Wer hat noch Hausaltar und Ahnengrab? Sie kämpfen und sterben für die Üppigkeit und den Reichtum anderer. Sie heißen Herren der Welt und haben nicht eine Scholle als eigen!«

Beide, Tiberius und Gajus Grachus, unterlagen nacheinander den Intrigen der Optimatenpartei (dem neuen Ämterpatriziat der Plutokratenschicht). In der Folge wurden (zum Beispiel unter Caesar) immer wieder tausende altgedienter Legionäre als Colonen angesiedelt. Aber durch die dauernden Geldkrisen des römischen Imperiums mußten diese Siedlungen durch Verschuldung immer wieder aufgegeben werden und fielen den Latifundienbesitzern anheim, die das Land mit Sklaven bearbeiteten.

»Die Latifundien sind das Verderben der Provinzen« sagt Plinius der Ältere 190 v. Chr.

Das Bodenrecht der Germanen
(nach Tacitus Germania)

»Grund und Boden erwerben sie gemeinsam, wie es der Zahl der Siedler entspricht. Dann verteilen sie es unter sich nach dem Range. Die Aufteilung ist nicht schwierig, da es sich um große Landstrecken handelt. Jedes Jahr bebauen sie ein anderes Stück Land, und trotzdem bleibt noch Land brach liegen.«

Bodenrechtliches aus christlicher Zeit

Rufinus um 370

»Die Erde ist allen Menschen gemeinsam gegeben! Niemand nenne sein eigen, was über seine Notdurft aus dem, was gemeinsam sein soll, gewaltsam erlangt ist!«

Ambrosius, Bischof von Mailand 344–397:

»Gott hat befohlen, daß alles Wachstum allen gemeinschaftliche Nahrung biete; daß die Erde gewissermaßen gemeinschaftlicher Besitz aller sei. Die Natur hat also das gemeinsame Anrecht aller geschaffen; erst Gewalttat der Einzelnen hat ein Sonderrecht hervorgerufen.«

Johannes Chrysostomos 347–407:

»Denn was gibt es Unsinnigeres als das, wenn einer es darauf absieht, ohne Feld, ohne Regen und ohne Pflug zu pflanzen? Darum werden sie Unkraut ernten, das dem Feuer übergeben zu werden verdient, sie, die solch jämmerliche Art des Ackerbaus ersonnen haben.«

»Gott hat von Anbeginn nicht den einen reich, den anderen arm erschaffen und keine Ausnahme gemacht, indem er den einen den Weg zu Goldschätzen zeigte und den andern hinderte, solche aufzuspüren, sondern allen dieselbe Erde zum Besitz überlassen. Wenn also diese ein Gemeingut aller ist, woher hast denn du so und so viel Tagewerk davon, dein Nachbar aber keine Scholle Land? ... Oder ist nicht die Erde und alles, was darin ist, Eigentum Gottes? Wenn also all unser (Boden-)Besitz Gott gehört, so gehört er auch unseren Mitbrüdern im Dienste Gottes. Was Gott dem Herrn gehört, ist alles Gemeingut.«

Deutsche Bauernweistümer (nach Jakob Grimm):

»Jeder mag wunn und wayd han, dieweil er da ackert und bawt und sein selbst muos un Brot isst. So er hinnen züchtet, hat er kein Recht me.«

John Locke 1632–1704:

»Ob wir nun unsre Vernunft befragen, welche uns sagt, daß ein Mensch, einmal geboren, ein Recht auf Dasein besitzt und folgerichtig ein Recht auf Speise und Trank und alles andere, was seine Erhaltung fordert; ob wir uns an die heilige Schrift halten, welche uns von der Schenkung berichtet, die Gott mit den Gütern dieser Welt Adam und Noah und seinen Kindeern gegeben hat, d. h. der Menschheit als gemeinsamen Besitz ...«

»Obwohl die Erde und alles Getier gemeinsam allen Menschen verliehen ist, so hat doch der Mensch ein *Eigentum an sich selbst, an seiner eigenen Person.* Und niemand sonst als er hat dieses Recht. *Die Arbeit seines Körpers, das Werk seiner Hände, sie sind ihm eigen.* Und hieraus ergibt sich, daß wenn er einem Naturerzeugnis Arbeit zusetzt, wenn er von seinem Wesen an das abgibt, er es damit auch zu seinem Eigentum macht ... Denn da die *Arbeit* unzweifelhaft *Eigentum des Arbeiters allein* ist, kann niemand sonst als er ein Recht an das, was er einmal zugesetzt hat, geltend machen, so lange mindestens, als den anderen noch genug übrig bleibt. Hauptsächlicher Gegenstand des Eigentums sind heute nicht die Früchte der Erde und nicht das Vieh auf ihr, sondern die Erde selbst. Und klar dürfte sein, daß Eigentum am Boden genauso erworben wird wie Eigentum an anderen Dingen. [Nur] *insoweit als jemand den Boden pflegt, bepflanzt, verbessert, kultiviert* und seine Erzeugnisse zum Gegenstand seines unmittelbaren Gebrauches macht, *gehört er ihm.*«

Adam Smith 1723–1790:

Die Grundeigentümer sind die einzigen unter den drei Ständen, denen ihre Einkünfte weder Arbeit noch Sorge kosten, sondern ihnen sozusagen von selbst, unabhängig von irgendwelchen besonderen Plänen oder Unternehmungen, zufließen. Sowohl diese Grundrente als die gewöhnliche Bodenrente sind eine Art von Einkommen, das der Eigentümer in vielen Fällen ohne jede eigene Sorge oder Mühe genießt. Würde ihm also auch ein Teil dieses Einkommens zur Befriedigung der Staatsbedürfnisse entzogen, so litte doch keine Art des Gewerbefleißes darunter.«

Jean Jacques Rousseau 1712–1778:

»Wer den ersten Zaunpfahl in die Erde rammte und dazu sagte, dieses Land ist mein, und Dumme fand, die es glaubten, der legte den Grund zu den heutigen Staaten.«

Jefferson, Präsident der Vereinigten Staaten 1801–1809:

»Die Erde dient der Menschheit als Feld für Leben und Arbeit, nicht bestimmten Menschen.«

Joh. Gottl. Fichte 1762–1814:

»Ein Eigentum des Bodens findet nach unserer Theorie garnicht statt... Die Erde ist des Herrn; des Menschen ist nur das Vermögen, sie zweckmäßig auszubauen und zu benutzen.«

Marmontel 1723–1799:

»Die Erde ist ein feierliches Geschenk, welches die Natur den Menschen gemacht hat; die Geburt eines Jeden gibt ihm das Recht auf ihren *Besitz*. Dieses Recht ist ebenso natürlich wie das Recht des Kindes auf die Mutterbrust.«

Rudolf Steiner 1861–1925:

»Durch Macht werden Rechte erworben, Recht auf Grund und Boden. Das Grundstück selber aber wirkt im Wirtschaftsleben nicht als Ware. Es steht in dem sozialen Organismus durch das Recht darinnen, das der Mensch auf seine Benützung hat. Dieses Recht ist etwas wesentlich anderes als das Verhältnis, in dem sich der Produzent einer Ware zu dieser befindet. In dem letzteren Verhältnis liegt es wesenhaft begründet, daß es nicht übergreift auf die ganz anders geartete Bezie-

hung von Mensch zu Mensch, die dadurch hergestellt wird, daß jemandem die alleinige Benützung eines Grundstückes zusteht. Dieser bringt dadurch andere Menschen, die zu ihrem Lebensunterhalt von ihm zur Arbeit auf diesem Grundstück angestellt werden, oder die darauf wohnen müssen, in Abhängigkeit von sich.« (Die Kernpunkte der sozialen Frage.)

»Es handelt sich nur darum, wie man diese Bodenrente unschädlich macht im volkswirtschaftlichen Prozeß.« (Nat. Ök. Kurs.)

René Allemann:

»Allmende in der Schweiz heute: in Uri gehören fast neun Zehntel des Bodens heute noch dem Volke, den Gemeinschaften und Korporationen... Ein großer Teil der Urner Bergbauern wäre ökonomisch zum Untergang verurteilt, wenn er nicht an der Allmend, an den Viehrechten auf ihren Alpen und an den Nutzungsrechten an ihren ausgedehnten Wäldern einen Rückhalt fände, der ihm allein das Überleben ermöglicht. Das heißt aber, daß diese Allmend mit ihrem zugleich komplizierten und kristallklaren Recht, das tief im Herkommen wurzelt, alles andere ist als bloß ein interessantes und pittoreskes Stück Folklore: eine lebendige, tief ins Leben des Einzelnen und seiner Familie hineinwirkende Realität.«

Der Boden Afrikas
Übersetzung aus einer Broschüre »Ujama:
The basis of African Socialisme«
von Präsident Julius K. Nyerere von Tansania, 1964:

»Wir in Afrika betrachten Land stets als etwas, was der ganzen Bevölkerung gehörte. Jede Person innerhalb unserer Gesellschaft hat das Recht, das Land zu benützen, denn sonst könnte sie ja ihr Leben nicht bestreiten, und das Recht zum leben hat keinen Sinn ohne die Mittel, das Leben zu erhalten. Aber das Recht des Afrikaners auf Land war das Recht, es zu benützen, er hatte kein anderes Recht zu verlangen.

Die Ausländer (d. h. die Kolonialmächte) brachten ein völlig neues Konzept: Land als Marktgegenstand (marketable commodity). Nach diesem System konnte eine Person ein Stück Land kaufen und es das ihrige nennen, ob sie es nun benützen wollte oder nicht. Ich könnte da ein paar Quadratmeilen kaufen, sagen, es gehöre mir, und auf den Mond abwandern. Um mir ein Einkommen zu verschaffen, müßte ich lediglich von den Leuten, die das Stück Land bebauen wollten, Grundrente verlangen. Lag das Land im Stadtgebiet, so wäre es nicht einmal nötig, etwas damit zu machen; ich könnte es den Leuten überlassen, die dumm genug wären, das angrenzende Land zu verbessern, um damit den Wert meines Landes

hinaufzutreiben. Dann würde ich vom Mond herabkommen und von diesen Dummköpfen verlangen, daß sie mir einen hohen Preis dafür bezahlten–, einen Preis, den sie selbst in die Höhe getrieben hätten, währenddessen ich es mir auf dem Mond wohl gehen ließ! Solch ein System ist uns nicht nur fremd, es ist auch völlig falsch: Grundbesitzer in einer Gesellschaft, die Privatbesitz von Land erlaubt, sind meistens Parasiten der Gesellschaft.

Wir dürfen die Ausbreitung solcher Parasiten in Tansania nicht erlauben. Die TANU Regierung (Tanganyika African National Union) muß zurückkehren zur traditionellen afrikanischen Art der Landverteilung. Das heißt, jedermann hat das Recht auf ein Stück Land, falls er es benützt. Aber Bodeneigentum; das zur Spekulation und zum Parasitismus führt, muß abgeschafft werden.«

Herbert K. R. Müller 1972:

»Eine freie und soziale Marktwirtschaft ist nur denkbar, wenn die Bodenfrage im vernünftigen Sinne gelöst ist, wenn durch allmählichen Rückkauf des Bodens seitens der Gemeinden und Einführung der Rentenzuwachsabgabe dem Bodeneigentümer die bisherige *Monopolstellung* genommen wird und ein dem *natürlichen Bodenrecht ähnliches Bodenrecht* gesichert ist. Solange die Bodenfrage nicht in diesem Sinne geregelt ist, wird es keine soziale Marktwirtschaft geben... Wenn wir uns endlich ein vom Krämergeist und von Spekulationssucht befreites Bodenrecht schaffen, wäre es denkbar, ... einen vom Gemeinsinn freier Bürger getragenen vorbildlichen Städtebau einzuleiten, der unter Wahrung des Privateigentums an den Gebäuden ebenso individuell gestaltet werden könnte, wie dies in unseren mittelalterlichen Städten geschah, deren harmonische Schönheit wir noch heute bewundern.

Es sollte deshalb Aufgabe aller einsichtigen Bürger sein, sich im Rahmen unserer demokratischen Institutionen für ein neues Bodenrecht einzusetzen, das niemanden schadet und allen nützlich ist.«

Beim Überblick über den großen Zeitraum, währenddessen sich die Stimmen Sozialverantwortung tragender Menschen gegen Bodenrente und Kapitalzins erhoben haben, wurde es uns bewußt, daß es sich hier um die elementarsten Menschenrechte handelt. Dabei darf nicht allein die Not des Einzelnen betrachtet werden, die durch diese beiden Grundmonopole im individuellen Leben entstehen kann. Wir müssen darüber hinaus vor allem ihre Wirkungen auf das Leben der Völker betrachten. Die Geschichte erscheint als dauernde Folge von Gewaltherrschaft und Knechtschaft – von teils undurchschauter, teils aber durchaus auch böswillig gehandhabter Unterdrückung durch das Unrecht der Monopole, die in unserem Jahrhundert schon zweimal den totalen Weltkrieg ausgelöst haben.

IV

Zusammenfassung und Ausblick

Fassen wir die anthropologische Bedeutung eines menschengemäßen Bodenrechts zusammen:

Für jeden einzelnen Menschen, für die Entwicklung gesunder Familien, für ganze Völker in ihrer Beziehung zueinander, wie für die ganze Menschheit wirkt sich die Gestaltung des Bodenrechts unmittelbar aus: die Erde als Ganzheit für eine ganze Menschheit. Nicht nur ein vordergründiger ökonomischer Verstand – wenn er sich nur geltend machte – sondern allertiefst wirksame Werte sind mit der Bodengerechtsamkeit verbunden. Vaterland, Heimat, Landschaft, geistiger und physischer Mutterboden erlangen mit der menschlichen Existenz eine höhere Unverletzlichkeit. Diese qualitative Reihe macht es unmittelbar deutlich, wie wenig gegenwärtig erkannt wird, daß der *Bodenordnung die Priorität vor allen anderen Sozialordnungsbereichen* zukommt, noch vor der Geldordnung, ja fast möchte ich sagen, sogar vor der Kulturordnung, denn in dieser Grundordnung wurzeln letztlich alle übrigen Ordnungen und Gerechtsamkeiten.

Weltweit werden in unserem Jahrhundert ganze Völker entwurzelt. Tausende finden sich auf dieser Erde gegenwärtig auf der Flucht. Und wo dies nicht im Zusammenhang politischer Machtkämpfe in Ost und West im Gefolge der letzten Weltkriege geschieht, geschieht es im innerstaatlichen Leben durch die *Bodenspekulationen* im Rahmen des herrschenden monopol-kapitalistischen Wirtschaftssystems, wo in Millionen von Einzelfällen Menschen ihrer Lebensgrundlagen beraubt werden.

Der entwurzelte Mensch aber hat keine Zukunft. Dieser Tatbestand wird von der nichtanthropologisch begründeten, letztlich nur ökonomisch-technologisch engagierten Nationalökonomie fast vollständig übersehen, und im Bereich der technisch industriellen Arbeitswelt wird das Grundproblem, je weiter Automation und elektronisches Robotertum vordringen, immer weniger erlebt. Nirgends ist der Mensch so weit vom Erdleben isoliert wie in den industriellen Werkhallen. Nirgends aber auch ist die elementar-organische Arbeitskraft so gefährdet, sodaß sich der Mensch selbst mit seinen Maschinen und seinen eigenen intellektuellen Leistungen überflüssig zu machen droht. Werkwelt und Lebenswelt der Menschen werden gespalten, die Willensexistenz geht zugrunde.

Die eigentliche Krisis der modernen Menschheit, der Menschheit der technischen Zivilisation, ist die *Zerstörung der Willensnatur,* der geistigen Impulskraft des Menschen durch die Trennung des Menschen von der Natur durch die Zwischenschaltung des alles beherrschenden Maschinenwesens.

Vor allem ist es die Jugend, welche – der Naturgrundlage entzogen – keine existentielle Verankerung ihres Lebensgefühls mehr findet. Schon das eben geborene Kind hat keinen Teil an der Erde, kein Recht auf den Grund, auf dem es sich zum erstenmal aufrichtet. Schon ehe der junge Mensch seinen Willen in der Auseinandersetzung mit der Welt, in die er hineingeboren ist, üben und stärken kann, wird ihm der Zugang zum Boden, dem wichtigsten Daseinselement, entzogen. Die *Willensdegeneration* unserer heutigen Jugend beruht auf der immer konsequenter durchgreifenden »Aussperrung« der durch Kapitalisierung unzugänglich gewordenen Erde. Für diese Jugend finden sich nachgerade keine offenen Tore mehr in die Zukunft. Weder freie, selbständige Arbeit, noch Zugang zu Grund und Boden (Siedlung), und zu freier Unternehmung (Kredit)... Dem Waldsterben geht ein noch viel bedrohlicheres Sterben voran, das Willenssterben im Seelengrund, das die ganze Menschheit, besonders in ihren hochzivilisierten Ländern, als Folge der lebensfeindlichen »Sozialsysteme« durchzieht.

Ihre umfassende Therapie hat vom Bodenrecht auszugehen. Ihm gebührt das Primat unter allen Rechten, die wir von der Natur und vom Wesen des Menschen herleiten.

Allen Menschen gehört die Erde. Jedes Neugeborene, jede Mutter, jede Familie hat ein Recht auf Nutzung und Grundertrag.

Alle Lebensbereiche von der Pflanzenwelt bis herauf zum Menschen sind mit dem Erdleben so unmittelbar verbunden, daß Landschaft und Bodenfruchtbarkeit nicht durch lebenszerstörende und lebenausschließende Methoden in Frage gestellt werden dürfen. So ist es ein Jahrhundertirrtum, Landwirtschaft als Industrie zu betreiben. Nicht nur die Bodenfruchtbarkeit wurde dadurch dezimiert, sondern es wurden vor allem das Bauerntum weitgehend zerstört und viele Menschen vom Lande vertrieben. Damit hängt aber auch die Zerstörung der Grundform menschlicher Arbeit zusammen, in der dem Wesen nach der Lohn in der Arbeit selber enthalten ist; dies ist im anthropologischen Sinne und nicht nur als Metapher gemeint.

Vom Bodenrecht ausgehend, ist künftig vor allem auch ein neues, menschlich begründetes Arbeitsrecht zu entwickeln. Für die menschliche Arbeit kann daher – gerade am Lebenspol – das Maschinensystem nie die erste Rolle spielen. Die Grundformen des Arbeitswesens mit allen damit in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Handwerken und Künsten, bis in die Pflegebereiche der Aufzucht der Tiere und der Kunst der Landschaftserhaltung und Gestaltung, können für die menschliche Gesellschaft die Bedeutung eines elementaren und umfassenden Pädagogiums erlangen.

Solche Entwicklungen sind für den Aufbau und für die Gesundung der Willenskräfte der heranwachsenden Generation im Sinne pädagogischer Provinzen

(vergl. Philipp Emanuel von Fellenberg und sein Erziehungsstaat, sowie Goethes pädagogische Provinz in Wilhelm Meisters Wanderjahren) unausweichlich notwendig. Der Mensch darf es nicht versäumen, in seiner Ausbildung – in Selbstwahrnehmung und Selbsterfassung – durch Eigenarbeit und Arbeitsbemühung in der reinen Begegnung mit den Kräften der Natur sich zu finden. Dann wird er später den Gefahren der technischen Welt nicht mehr unterliegen. Die Willenslähmung ist gebannt. Dieses Ziel kann aber nur durch ein neues Bodenrecht erreicht werden, das den Boden und damit allen Naturgrundlagen der ökonomischen Rentabilitätsspekulation entzieht.

Freie Arbeit durch freies Land.

Wer erzielte die leistungslosen Vermögensgewinne?

oder: Die gigantischen Vermögensumschichtungen von unten nach oben im Zeitraum von Ende 1950 bis Ende 1982.

Paul Fischer

Das deutsche Volk – in den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland – ist reicher als je zuvor.

Das reale Volksvermögen – ohne Geldforderungen an das Ausland, private Konsumgütervermögen und Verteidigungsvermögen – hat sich von Ende 1950 bis Ende 1982 von einem Gesamtwert in Höhe von schätzungsweise *423,3 Mrd. DM* erhöht auf schätzungsweise *8450 Mrd. DM*.

Nominal beziffert sich die Vergrößerung auf das 20fache. Da in dieser Vermögenssteigerung neben der substantiellen Vergrößerung der Sachersparnisse durch Nettoinvestitionen auch die Wertsteigerungen der Sachersparnisse und die Wertsteigerungen der Bodenvermögen enthalten sind, ist es unmöglich, die wirklich substantielle Vergrößerung und Verbesserung der Sachersparnisse exakt zu ermitteln.

Anhand verschiedener Daten kann jedoch geschätzt werden, daß die *realen* Ersparnisvergrößerungen einschließlich der Qualitätsverbesserungen mit etwa dem 6- bis 7fachen der substantiellen Ausgangsbasis von 1950 zu veranschlagen sind.

Das würde sich auch mit der Tatsache decken, daß etwa 2/3 des realen Vermögenszuwachses nicht aus echter und leistungsbedingter Sachersparnis durch Nettoinvestitionen resultieren, sondern aus leistungslos erzielten Vermögensgewinnen am ruhenden Vermögen.

Ohne substantielle Vergrößerung hat sich der Wert des gesamten *Bodenvermögens* von Ende 1950 in Höhe von ca. *146,3 Mrd. DM* bis Ende 1982 erhöht auf schätzungsweise ca. *2300,0 Mrd. DM*.

Die *völlig leistungslos erzielte Wertsteigerung* beziffert sich somit auf *das 23fache*. Der Wert der *Wohngrundstücke* für sich allein genommen erreichte jedoch eine leistungslos erzielte Wertsteigerung auf *das 38,4fache*, wenn es sich um Grundstücke handelt, die schon 1950 Wohngrundstücke waren. Waren sie 1950 noch »grüne Wiese« und wurden sie 1982 Wohngrundstücke, so beziffert sich die leistungslos erzielte Wertsteigerung auf das ca. *196fache*.

Auch die *Einkommen je Erwerbstätigen* haben sich von 1950 bis 1982 *nominal*

um das *12,2fache* und bei einem Lebenshaltungskostenindex von 280 Punkten gegenüber 100 Punkten im Jahre 1950 *real* etwa um das *4,4fache* erhöht.

Gravierende Minuspunkte sind jedoch Arbeitslosigkeit und Umweltschäden.

Die *fiktiven Geldersparnisse* – als Schuldenberg der Sachersparnisse und der Bodenvermögen – haben sich von etwa *40 Mrd. DM* im Jahre 1950 auf etwa *1730 Mrd. DM* im Jahre 1982 etwa um das *43fache* erhöht. Nach Abzug der Verschuldungen der privaten Haushalte durch Konsumentenkredite in Höhe von 157 Mrd. DM bezifferte sich das *Nettogeldvermögen als reines Geldkapital der privaten Haushalte* Ende 1982 auf ca. *1573 Mrd. DM*. Die Verschuldungsquote gegenüber dem *Realvermögen* in Höhe von *8,45 Bill. DM* hat demnach eine Höhe von *18,5 %*.

Da die Bundesbank die nichtverzinslichen Bargeldbestände und Sichteinlagen für die Errechnung des durchschnittlichen Habenzinssatzes von dem Nettogeldvermögen abzieht, ergibt sich für den *verzinslichen Teil des Nettogeldvermögens* als reines Geldkapital eine Größenordnung in Höhe von ca. *1,44 Bill. DM*.

Die Untergliederungen in den Geldvermögensrechnungen nach »Sektoren« werden häufig mißverstanden und fehlinterpretiert. Die »Sektoren« »private Haushalte«, »Unternehmer« und »öffentliche Haushalte« umfassen begrifflich nicht das, was man in der Umgangssprache darunter versteht, sondern der »Sektor« ist ein statistisches Kunstprodukt.

Der »*private Haushalt*« ist in der Definition der Bundesbank kein soziales Gebilde, sondern derjenige Sektor, der im Gegensatz zu den beiden anderen Sektoren keine abschreibungsfähigen Sachersparnisse, sondern nur Nettogeldvermögen – also inflationäres verlustbringendes Geldkapital – bildet.

Umgekehrt sind die beiden anderen Haushalte Wirtschaftseinheiten, die abschreibungsfähige und dadurch wertbeständige Sachersparnisse bilden, die sogar im Wert noch steigen können. Soweit diese Wirtschaftseinheiten auch noch Geldvermögen bilden, gleichen sich diese internen Verschuldungen untereinander, auch zinslastenmäßig, aus.

Als *reine (Nur-)Geldkapitalisten zählen nur die »privaten Haushalte«*. Es ergibt sich somit das Gesamtbild, daß die »privaten Haushalte« per Saldo Netto-Gläubiger sind, und zwar in ungefähr ebenso großem Umfang wie die beiden anderen Sektoren Netto-Schuldner sind.

Kauft ein Privatmann, der bisher im Sektor der »privaten Haushalte« Geld sparte, eine Wohnung, so taucht er in der Geldvermögensrechnung dort statistisch unter, um nun im Sektor »Unternehmen« aufzutauchen. Nun ist er nicht mehr jemand, der Geld spart, sondern jemand, der Sachersparnisse (und per saldo keine Geldersparnisse) bildet.

Das leistungslos erzielte Habenzinseinkommen der »privaten Haushalte« (also der reinen (Nur-)Geldkapitalisten) wurde von der Bundesbank für 1982 im Monatsbericht Mai 1983 auf Seite 21 beziffert mit (einschließlich Zinsen auf Konsumentenschulden) *89,5 Mrd. DM.*

Für den verzinslichen Teil des Geldkapitals in Höhe von *1,44 Bill. DM* errechnet sich somit eine Durchschnittsverzinsung von 6,22 % zuzüglich einer durchschnittlichen Zinsspanne der Kreditinstitute in Höhe von schätzungsweise 2,5 %, wäre der durchschnittliche *Soll*zinssatz zu schätzen auf ca. 8,7 %.

Der Zinsspannenanteil wird in der Verteilungsrechnung des Bruttosozialprodukts nicht als Vermögenseinkommen erfaßt, sondern ist in den Arbeitseinkommen der Selbständigen und der Unselbständigen, sowie in den Unternehmergewinnen enthalten.

Als gesamtwirtschaftliches Einkommen bezifferte sich das *Bruttosozialprodukt 1982* auf und teilte sich wie folgt auf:		*1600,0 Mrd. DM*
*Einkommen aus unselbständiger Arbeit	56,3 %	901,4 Mrd. DM
*Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	20,4 %	325,2 Mrd. DM
*Abschreibungsgewinneinkomen der Unternehmen zur »ewigen« Werterhaltung und Wertsteigerung der produktiv und konsumtiv genutzten Sachersparnisse (siehe S. Gesell NWO S. 310!)	12,5 %	200,5 Mrd. DM
*Einkommen des Staates aus indirekten Steuern	10,8 %	172,9 Mrd. DM
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	100,0 %	1600,0 Mrd. DM

Die *Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen* umfassen die Geldzinseinkommen, die fiktiven Unternehmerlöhne und die Unternehmergewinne. Von diesen Einkommen sind nur die Geldzinseinkommen exakt mit einem Anteil

von 89,5 Mrd. DM bekannt. Die Aufteilung des Restbetrages in fiktive Unternehmerlöhne und Unternehmergewinne kann nur schätzungsweise durchgeführt werden. Wird die Aufteilung nach der Schätzungsmethode des Sachverständigenrates vorgenommen, so ergibt sich folgendes Bild:

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen		*BSP-Anteile*
*Leistungsbedingte Unternehmer*löhne*	7,7 %	119,9 Mrd. DM
*Leistungsbedingte und leistungslos erzielte Unternehmer*gewinne*	7,3 %	115,8 Mrd. DM
*Leistungslos erzielte Leihzinserlöse aus dem Verleih von Geldersparnissen	5,6 %	89,5 Mrd. DM
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	20,4 %	325,2 Mrd. DM

In den so ermittelten *Unternehmergewinnen* sind sowohl leistungsbedingte Eigenkapitalverzinsungen der Produktivkapitalbesitzer als auch leistungslos erzielte Leihzinserlöse aus dem Verleih von Sachersparnissen und Bodenwerten enthalten.

Während jedoch die *Produktivkapitalrenditen* aus dem gesamtvolkswirtschaftlichen *Plussummenspiel* der produktiven Mehrwertschaffung im Produktionsprozeß resultieren, in dem die Nichtkapitalisten ganz erhebliche Einkommenssteigerungen und Freizeitgewinne (leistungslos) erzielen, resultieren die *Leihzinserlöse der Unternehmer* aus dem Verleih von Sachersparnissen und Bodenvermögen (soweit diese konsumtiv genutzt werden) aus dem gesamtvolkswirtschafltichen *Nullsummenspiel* einer ausgetauschten konsumtiven Vermögensnutzung, in dem der eine nur das gewinnen kann, was der andere verliert.

Bei vorsichtiger Schätzung und unter Berücksichtigung der Fremdverschuldung des »*unternehmerischen*« *Mietwohnungsvermögens* kann der leistungslos erzielte Leihzinserlös aus der Wohnungs- und Bodenvermietung geschätzt werden auf ca. 25,2 Mrd. DM
Schätzt man die sonstigen Erlöse aus Sachvermietungen auf ca. 5,0 Mrd. DM
so würde sich der leistunslos erzielte Anteil am Unternehmergewinn beziffern auf ca. 30,2 Mrd. DM
und der leistungsbedingte Anteil auf ca. 85,6 Mrd. DM

Gesamter Unternehmergewinn somit ca. 115,8 Mrd. DM

Vermutlich wird der leistungsbedingte Anteil an den Unternehmergewinnen in Höhe von etwa 74 % doch noch geringer sein, da die Erlöse aus sonstigen Sachvermietungen größer als 5,0 Mrd. DM sein werden und die Zinsspanneneinkommen der Bankunternehmungen auch leistungslos erzielte Gewinne erhalten.

Das reine *Geldkapital der (Nur-)Geldkapitalisten* setzt sich im wesentlichen aus den Ersparnissen der breiten Masse des Volkes zusammen, die als »private Haushalte« nicht so reich sind, in nennenswertem Umfang abschreibungsfähige und deshalb wertbeständige »ewige« Sachersparnisse bilden zu können. Sie müssen sich mit der Bildung von inflationär-verlustbringenden Geldersparnissen – dem reinen (Nur-)Geldkapital – begnügen. Etwa 2/3 des Volkes ist nicht einmal reich genug, sich die zum Leben dringendst benötigte Wohnstätte einschließlich der damit veerbundenen Bodenfläche kaufen zu können. Als reine (Nur-)Geldkapitalisten sind sie gezwungen, sich dieses Konsumgut nicht nur zeitlich begrenzt, sondern in aller Regel lebenslänglich leihen zu müssen.

Nach der *Robinson-Parabel* von *Silvio Gesell* ist aber der Zwang *Sachersparnisse leihen zu müssen,* die *Ursache jeder wirklichen Zins- und Dienstleistungsknechtschaft.* Der Zwang, *Bodenfläche gegen Pachtzins leihen* zu müssen, ist aber die Ursache für die *elementarste Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.*

Die reinen (Nur-)Geldkapitalisten haben *in den letzten 32 Jahren* leistungslos erzielte Leihzinserlöse eingeheimst in Höhe von	ca. 708,0 Mrd. DM
Der Inflationsverlust summierte sich auf	ca. 763,0 Mrd. DM
Der reale Vermögens-»Gewinn« betrug mithin minus	55,0 Mrd. DM

Die *Sachsparer und Bodenbesitzer* haben demgegenüber aber *im gleichen Zeitraum* folgende Vermögensgewinne *leistungslos* erzielt:

*Wertsteigerungen der Sachersparnisse (ohne Nettoinvestitionen in Höhe von	ca. 2,77 Bill.	3107,0 Mrd. DM
*Wertsteigerungen der Wohngrundstücke	ca. 0,984 Bill.	
*Wersteigerungen der sonstigen Grundstücke	ca. 1,149 Bill.	2153,0 Mrd. DM
*Leihzinserlös aus Bodenvermögen und Sachersparnissen		240,0 Mrd. DM
*Inflationsgewinne aus Geldkapitalverschuldungen		763,0 Mrd. DM
Leistungslos erzielte Vermögensgewinne insgesamt		6263,0 Mrd. DM

Für das Jahr *1982* ergibt sich folgendes Bild:

Die *reinen* (Nur-)Geldkapitalisten heimsten Leihzinsen ein			89,5 Mrd. DM
Die Inflationsverluste bezifferten sich auf			91,7 Mrd. DM
Der reale Vermögens»gewinn« war demnach *minus*			2,2 Mrd. DM
Die *Sachsparer und Bodenbesitzer* erzielten 1982 jedoch folgende leistungslose Vermögensgewinne:			
*Wertsteigerungen der Wohngrundstücke	ca. 114,0 Mrd.		
*Wertsteigerungen der sonstigen Grundstücke	ca. 86,0 Mrd.		200,0 Mrd. DM
*Wertsteigerungen der Sachersparnisse (ohne Nettoinvestitionen in Höhe von 133,5 Mrd. DM)			216,5 Mrd. DM
Wersteigerungen insgesamt also			416,5 Mrd. DM
*Leihzinserlös aus Bodenvermögen und Sachersparnissen			30,2 Mrd. DM
*Inflationsgewinne aus Geldkapital-verschuldungen			91,7 Mrd. DM
Leistungslos erzielte Vermögens-gewinne insgesamt			538,4 Mrd. DM
Nachrichtlich: Leistungsbedingter Unternehmergewinn			85,6 Mrd. DM
Realer Vermögensgewinn aus verschuldetem Realvermögen			624,0 Mrd. DM

Grob überschläglich bezifferte sich die *monatliche (Kalt-)Miete* für eine im Durchschnittsalter befindliche Wohnung von etwa 75 qm Wohnfläche im Jahre 1982 auf ca. 450,– DM

In diesem Mietpreis waren enthalten

*Zinsendienst				
Bodenwertverzinsung	41,– DM	9,1 %		
Gebäudewertverzinsung	141,– DM	31,4 %	182,– DM	40,5 %
*Schutz-, Pflege-, Reparatur- und Versicherungsdienst			55,– DM	12,2 %
*Wertersatz- bzw. Wertsteigerungs-dienst als Nachsparleistung des Mieters			124,– DM	27,6 %
*Zinsen- und Wertsteigerungsdienst zus.			361,– DM	80,3 %
*Dienstleistung des Boden- und Wohnung-besitzers (Verwaltungskosten)			20,– DM	4,4 %
*Betriebskosten			60,– DM	13,3 %
*Mietausfallwagnis			9,– DM	2,0 %
Gesamte (Kalt-)Miete (je qm Wohnfläche 6,–)			450,– DM	100,0 %

Der Zinsen- und Wertsteigerungsdienst der Wohnungsmieter hindert diese in aller Regel daran, sich aus ihrer Zwangslage zu befreien und statt Geldkapitalisten Sachkapitalisten zu werden. Allein für die Nutzung der Wohngrundstücke müssen die Mieter weit mehr Bodenrente zahlen, als sie im Durchschnitt als Geldkapitalisten an leistungslos erzielten (realen) Zinseinkommen selbst einheimsen.

Neun Prozent der Wohnungsmiete beansprucht heute schon die *Bodenrente.* Mit zunehmendem Alter der Wohnung wird dieser Anteil immer größer. Für die einzelne Wohnung beziffert er sich nach ca. 70 Jahren auf ca. 41 %. Der *Bodenleihzins* resultiert aber aus der elementarsten *Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.*

Der Schöpfer und eigentliche Eigentümer des Blauen Planeten – der einzigen Wohnstätte für menschliches Leben in diesem Sonnensystem – hat den zum Leben dringend benötigten *Boden* zu keiner Zeit an irgend einen Menschen verkauft, sondern stellt ihn der gesamten Menschheit zur pfleglichen Nutzung – nicht zur Plünderung, Vergiftung und Zerstörung – zinslos zur Verfügung.

Eine gerechte Gesellschaftsordnung sollte deshalb dafür sorgen, daß jeder Bürger den zum Wohnen notwendigen Platz nicht von einem anderen Bürger als lebenslänglicher Zinsknecht leihen muß.

Einer solidarischen Volksgemeinschaft wäre es ohne große Probleme möglich, ein Finanzierungssystem zu schaffen, nach dem jeder Gründer einer Familie seine Wohnung zu erträglichen Nachsparleistungen kaufen könnte und nicht mehr gezwungen wäre, lebenslänglich Zinsen- und Wertsteigerungsdienste für fremde Ersparnisse und fremdes Bodenvermögen zu leisten.

Die Zinsknechtschaft der Wohnungsmieter stellt alle anderen Zinsknechtschaften weit in den Schatten.

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zählt der Boden- und Wohnungsbesitzer seltsamerweise nicht als privater Bürger eines Konsumvermögens, so wie es in Wirklichkeit der Fall ist. Er zählt vielmehr als Unternehmer und Besitzer von Produktivkapital. Seine »unternehmerische Tätigkeit« besteht darin, das Wohnungskonsumgut nicht an einen Bedarfsträger zu verkaufen, sondern zu verleihen.

Der leistungslos erzielte Leihzins wird als Dienstleistungsentgelt interpretiert. Die in der Miete enthaltene *Pflege- und Wertaufbewahrungsleitung des Mieters* wird als (Gegen-)Dienstleistung nicht gewertet. Die Nachsparleistung des Mieters, die den Gebäudeabschreibungsgewinn finanziert und somit nicht nur dem »ewigen« Werterhalt der Sachersparnis, sondern sogar seiner Wertsteigerung dient, wird als Ersatz für abgenutzte Sachersparnis gewertet.

Die Wohnungsvermietung wird wie jede andere Produktion von Waren und Dienstleistungen als unternehmerische Dienstleistung angesehen und die aus der Miete leistungslos erzielten Leihzinserlöse als Kapitalertrag im Produktionsprozeß gewertet. Dementsprechend werden die Wohnungsmieten in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auch als Dienstleistungsverkäufe gebucht. In der Aufteilungsrechnung des Bruttosozialproduktes sind die Boden- und Wohnungsleihzinserlöse in den Unternehmergewinnen enthalten.

Diese *Schizophrenie* führt dazu, daß der Boden- und Wohnungsverleihunternehmer den Leihzinserlös aus seiner eigengenutzten Wohnung als unternehmerisches Dienstleistungseinkommen versteuern muß.

Infolge des staatlich heruntermanipulierten Mietpreisniveaus verzinst sich das Wohnungsvermögen – unabhängig von dem Grad der jeweiligen Fremdmittelverschuldung – im Jahre 1982 mit höchstens 1,8 Prozent. Trotzdem sind in der Durchschnittsmiete monatlich etwa 40,– DM für die Verzinsung des Bodenwertanteils und ca. 140,– DM für die Verzinsung des Gebäudewertanteils enthalten. Die »zu geringe« Verzinsung des »Wohnungskapitals« ist somit auch der Anlaß, nach einer besseren »Rentabilität« im Mietwohnungssektor zu rufen. Vor der »Wende« im Jahre 1982 sagte Herr *Wissmann* von der »Jungen Union«: »Wir müssen ganz massiv dafür sorgen, daß diejenigen, die Geld haben, das Geld nicht in Silberminen in Nevada anlegen, sondern hier in Wohnungen. Das können wir aber nur, wenn wir stärker als bisher es wieder interessant machen, das Geld in Wohnungen anzulegen.«

Führenden Nationalökonomen und Politikern schwebt tatsächlich vor, das konsumtiv genutzte Boden- und Wohnungsvermögen könne – analog dem Produktivkapital – rentierlich bzw. rentierlicher gemacht werden. In der wirklichen Wirklichkeit ist das aber völlig unmöglich.

Die *Rentierlichkeit* – als *erarbeiteter* Kapitalertrag des Produktivkapitals im Produktionsprozeß – resultiert aus dem Plussummenspiel der *substantiellen Mehrwertschaffung* mit Hilfe des effizienten Produktivkapitals als Arbeitswerkzeug.

Alle *Leihzinseinkommen* resultieren jedoch immer aus dem Nullsummenspiel von ausgetauschten Vermögensnutzungen *ohne substantielle (neue) Mehrwertschaffung*. In einem gesamtvolkswirtschaftlichen Nullsummenspiel können die einen immer nur das gewinnen, was die andern verlieren.

Die Vorstellung, Konsumvermögen – als *Nicht*arbeitswerkzeug – rentierlich machen zu können, ist absurd.

Könnte eine höhere Pseudorentierlichkeit des Wohnungsvermögens als 1,8 Prozent erzwungen werden, so würde sich allein der Zinsanteil für die Bodenwertverzinsung der Wohnung als unternehmerisches Dienstleistungsentgelt von ca. 40,– DM im Monat wie folgt erhöhen:

Bei einer Verzinsung von 3 % auf ca. 67,– DM
Bei einer Verzinsung von 4 % auf ca. 89,– DM
Bei einer Verzinsung von 5 % auf ca. 111,– DM
Bei einer Verzinsung von 6 % auf ca. 133,– DM

Die *Durchschnittsmiete* von *monatlich 450,– DM im Jahre 1982* müßte sich bei einer Vermögensverzinsung in Höhe vn 6 % (statt 1,8 %) erhöhen auf *monatlich 870,– DM.*

1982 bezifferte sich der Wiederbeschaffungszeitwert der Durchschnittsmietwohnungen auf ca. 120.000,– DM. 1 % Vermögensverzinsung = 1.200,– DM im Jahr = 100,– DM im Monat. Obwohl der Mieter durch seine Nachsparleistung seine Leihschuld tilgt, wird diese nicht kleiner, sondern sogar größer.

1984 hat genau die gleiche Wohnung schon einen Wiederbeschaffungszeitwert von mindestens 134.000,– DM. 1 % Vermögensverzinsung = 1340,– DM im Jahr = 112,– DM im Monat.

Der neue Slogan der BHW.Bausparkasse lautet: »Das Schönste auf der Welt ist das eigene Zuhause.« Die Befreiung der Wohnungs- und Bodenmieter aus ihrer Zinsknechtschaft und Wertsteigerungsdienstpflicht für fremdes Eigentum kann nur dadurch ermöglicht werden, daß jeder Gründer einer Familie das »Schönste auf der Welt« mit der Vorfinanzierungshilfe des Vaterlandes kaufen kann, statt es lebenslänglich in Zinsknechtschaft leihen zu müssen. Das Vaterland verlangt ja im Verteidigungsfall sogar das Leben des Familiengründers.

Die Geldkapitalzinsbelastung, die heute der *Käufer* einer eigengenutzten Wohnung tragen muß, kann je nach Art und Höhe der Fremdfinanzierung natürlich bedeutend höher sein als die Zinsknechtschaft der Wohnungsmieter. Sie ist aber nicht lebenslänglich. In der Regel wird sie schon nach 12 Jahren schwächer. Die Verschuldung wird nicht größer, sondern kleiner. Als Tilgungsschuld wird sie nach 30 Jahren getilgt sein. Bei 7 % Zinsen und 1 % Tilgung beziffert sich die Laufzeit der Zinsknechtschaft auf 30,8 Jahre, bei 7 1/4 % Zinsen auf 30,2 Jahre, bei 7 1/2 % Zinsen auf 29,6 Jahre und bei 7 3/4 % Zinsen auf 29,1 Jahre. Steuervorteile und Inflationsgewinne und Wertsteigerungen machen die Zinsknechtschaft zudem immer erträglicher.

Die »Zinsknechtschaft« aus Konsumkrediten kann hier ausgeklammert bleiben, sie ist freiwillig, auch beeinflußt sie nicht die Endverbrauchspreise aller Konsumenten.

Der Zinsanteil, der als Habenzinsanteil des Geldkapitals in jedem Endverbrauchspreis steckt, wird weit überschätzt. Er beziffert sich auf höchstens 2 %. Nur ca. 30 % des verzinslich angelegten Geldvermögens finanziert das Produktivkapital, das dadurch wiederum nur zu 15 % verschuldet ist.

20 % finanziert das eigengenutzte Wohnungsvermögen, 20 % das Mietwohnungsvermögen, 19 % das Staatsvermögen, 9 % die Konsumentenkredite und 2 % die Auslandsverschuldungen. Alle Zinslasten dieser Vermögen beeinflussen nicht die Endpreise, die der »Normalverbraucher« zu zahlen hat.

Ganz grob überschläglich werden sich diese Endverbrauchspreise wie folgt zusammensetzen:

*Indirekte Steuern	10,8 %
*Abschreibungsgewinne des Produktivkapitals als notwendige Ersatzinvenstitionen zur Produktivitätssteigerung und dauernden realen Preissenkung	9,2 %
	20,0 %
*Kapitalpflegekosten	4,0 %
*Leistungsbedingte Kapitalrendite (Unternehmergewinn)	5,4 %
*Leistungsbedingte Zinsspanneneinkommen der Banken	1,0 %
*Arbeitseinkommen der Erwerbstätigen	67,6 %
*Leistungslos erzielte Habenzinserlöse	2,0 %
Gesamtdurchschnittlicher Endverbrauchspreis	100,0 %

1982 mag der »*Normalverbraucher*« – der keine wertbeständigen Ersparnisse und Bodenvermögen besitzt, sondern nur ein kaufkraftverlierendes Geldkapital in Höhe von ca. 30.000,– DM – zusammen mit seiner Frau ein monatliches Nettoeinkommen gehabt haben

in Höhe von	2.900,– DM.
Die nominalen Zinserlöse aus seinem Geldkapital mögen sich beziffert haben auf 30.000,– DM x 4 % = 1.200,– DM : 12 =	100,– DM
Monatliches Arbeits- und Vermögenseinkommen demnach	3.000,– DM

Die Einkommensverwendung konnte dann aussehen:

*Mietleistungen für Wohnungs- und Bodennutzung, einschließlich Ersparnispflege und Wertsteigerungsdienstleistungen	450,– DM	
*Finktive Ersparnisleistung durch Geldkapitalbildung (10 %)	300,– DM	
*Versicherungsleistungen usw.	150,– DM	900,– DM
verbleiben für die Bezahlung der Verbraucherpreise		2.100,– DM
davon 3 % für die in den Endverbrauchspreisen enthaltenen Habenzinserlöse aus Geldkapital als wirkliche Einkommensbelastung durch den Geldkapitalzns.		42,– DM

Der Anteil der Zins- und Dienstleistungsbelastung in der Einkommensverwendung des »Normalverbrauchers« würde sich wie folgt errechnen:

*Zinsbelastung in Endverbrauchspreisen		42,– DM =	1,4 %
*Bodenrentenanteil in der Miete	41,– DM		
*Bausubstanzverzinsung der Miete	141,– DM	182,-- =	6,1 %
nominale Leihzinsbelastung		224,– DM =	7,5 %
*Wertaufbewahrungsdienst für die Bausubstanz der Wohnung		55,– DM =	1,9 %
*Wertersatz- bzw. Wertsteigerungsdienst der fremden Wohnung		124,– DM =	4,1 %
Zinsen- und Werterhaltungsdienst für fremde Sachersaprnisse		403,– DM =	13,5 %
*Einkommensverwendung für Ersparnisbild.		300,– DM =	10,0 %
*Einkommensverwendung für Versicherung.		150,– DM =	5,0 %
*Einkommensverwendung für Konsumverzehr (einschl. Wohnungsnutzung)		2147,– DM =	71,5 %
Gesamte Einkommensverwendung		3000,– DM =	100,0 %

Nachrichtlich:

*Empfangene Leihzinsgewinne des »Geldkapitalisten« als Normalverbraucher monatlich		100,– DM
abzüglich geleistete Zinsen		224,– DM
Leihzins»gewinne« per Saldo *minus*		124,– DM
das bedeutet einen Einkommensverlust durch Zinsbelastung	= ca.	4,1 %
*Werterhaltungsdienst für die fremden Kapital-Ersparnisse des Wohnungsvermieters von 55,– DM + 124,– DM	= ca.	179,– DM
	= ca.	6,0 %
*Ersparnisverlsut 30.000,– DM x 5,3 % : 12	=	132,50 DM
für den Mieter (Geldkapital) (Inflationsrate)	= ca.	4,4 %

Diese Rechnung für den »Normalverbraucher« ist nach allen Seiten variabel, sie mag auch stimmen oder nicht (rein statistisch wird das durchschnittliche reine Geldvermögen pro Haushalt auf ca. 60.000,– DM zu beziffern sein), sie soll nur die wirkliche Situation der großen Masse der kleinen und mittleren reinen (Nur-)Geldkapitalisten erkennen lassen. Große (Nur-)Geldkapitalisten gibt es überhaupt nicht. Die Einkommensrechnung eines großen (Nur-)Geldkapitalisten könnte in etwa so aussehen:

Leihzinserlöse von 10 Millionen DM Geldkapital	= 800.000,– DM
abzüglich Einkommensteuer 55 %	= 440.000,– DM
Nominales reines Einkommen	360.000,– DM
abzüglich Inflationsverlust (1982 = 5,3 %)	= 530.000,– DM
Reales Jahreseinkommen	*minus* 170.000,– DM

Man mag es drehen und wenden, wie man will; *der reine (Nur-)Geldkapitalist* – als Geldhorter aber ganz besonders – ist unter den inflationären Bedingungen, die bei uns nun einmal seit Jahrzehnten fast ununterbrochen mehr oder weniger stark herrschen, stets und ständig der Dumme, und der reine Sachsparer und Bodenbesitzer und hier ganz besonders der Besitzer von Wohngrundstücken – ist stets und ständig der ganz große Gewinner. Bei den Sowohl-Als auch-Sparern hebt sich alles im Gesamtdurchschnitt gegenseitig auf.

Der reine (Nur-)Geldkapitalist ist aber auch immer Wohnungsmieter und damit in sehr hohem Maße lebenslänglicher Werterhaltungsdienstleister für Ersparnisse, die ihm gar nicht gehören. Und insofern ist er in doppelter Hinsicht der Geprellte.

In der wirtschaftlichen Wirklichkeit ist es unmöglich, ohne erhebliche Folgekosten und Substanzverluste zu sparen. Das lehrt in anschaulicher Form die *Robinson-Parabel von Silvio Gesell.* In einer Fußnote auf Seite 320 der 4. Auflage der »Natürlichen Wirtschaftsordnung« weist er auf diese Tatsache mit der Bemerkung hin, daß alle Zinstheoretiker und selbst Proudhon diese nicht gesehen hätten. Das gilt auch heute noch für die gesamte Wirtschaftswissenschaft.

Die Werterhaltung des Kölner Doms kostet allein jährlich fünf Millionen D-Mark bei dem Preisstand von 1982; bei dem Preisstand von 1984 mindestens 5,2 Millionen.

Alle wirklichen (also substantiellen) Ersparnisse müssen mit hohem Kostenaufwand aufbewahrt, geschützt, gepflegt, repariert und verwaltet werden; gegen ano-

male Schädigungen und Zerstörungen durch Unfälle, Feuer usw. müssen sie versichert werden, bzw. die Substanzverluste werden ständig ersetzt. Trotz aller dieser Aufwendungen müssen die Realersparnisse wegen normaler Abnutzung und Veralterung ersetzt werden.

Je größer die Ersparnisse und je besser sie werden, umso teuerer kommen sie das Volk zu stehen.

Im Jahre 1950 bezifferten sich die Abschreibungsgewinne der Sachsparer für die notwendigen Ersatzinvestitionen auf 8,5 % des Bruttosozialprodukts. In den folgenden Jahren sind sie ständig gestiegen und bezifferten sich 1981 schon auf 12,2 % und 1982 auf 12,5 % des BSP.

Alle Ersparnisse dieser Welt können primär nur als wertunbeständige Vorratshaltungen gebildet werden. In einer Wirtschaftsordnung, in der die unvermeidbaren Ersparnisverluste neutralisiert werden können und die Ersparnisse durch Abschreibungsgewinne nicht nur wertbeständig, sondern sogar noch immer besser und wertvoller werden, sollte diese Möglichkeit als ausreichendes Sparmotiv und optimale Sparbelohnung erkannt werden. Die Dienstleistungen derjenigen, die das aber als Mieter und Käufer erst ermöglichen, sollten ebenfalls in ihrer großen Bedeutsamkeit gesehen werden. Dann würde der Ruf nach der unverzichtbaren Rentierlichkeit der realen Ersparnisse und Vermögen einen ganz anderen Klang erhalten.

Wie weit die Produktivitätssteigerungen und Wohlstandssteigerungen durch Arbeitsplatzvernichtungen, Planetenplünderungen und Umweltschäden erkauft werden und wie weit die tatsächlichen gesamtvolkswirtschaftlichen Zusammenhänge in allen Richtungen wirken, ist noch längst nicht genügend erforscht.

Das gilt besonders für die Wirkungsrichtungen der realen Ersparnisbildungen im Zusammenhang mit ihren unterschiedlichen produktiven und nichtproduktiven Verwendungsmöglichkeiten, mit Gewinnerzielung und Umweltschädigungen, sowie mit ihren Einflüssen auf menschliche und maschinelle Arbeitsleistungen. Manches deutet darauf hin, daß hier ein viel engerer Zusammenhang besteht, als allgemein angenommen wird.

Die bisherigen Methoden und Vorstellungen werden nicht ausreichen, die Umweltprobleme und Arbeitslosigkeitsprobleme zu lösen.

Nicht nur ein Drittel, sondern alle Teile der Bevölkerung werden am Volksvermögen teilhaben müssen. Es ist ein Irrtum zu glauben, die breite Masse des Volkes

– die reinen (Nur-)Geldkapitalisten – hätten auch nur den allergeringsten Anteil am Volksvermögen.

Das *Volksvermögen* im Wiederbeschaffungszeitwert von Ende 1982 in Höhe von ca. *8,45 Billionen D-Mark* setzt sich aus ca. *6,15 Billionen D-Mark abschreibungsfähigen Sachersparnissen* und zu ca. *2,30 Billionen D-Mark Bodenvermögen* zusammen. Es gehört nicht zum geringsten Teil denjenigen, die als Boden- und Wohnungsmieter nicht so reich sind, abschreibungsfähige Sachersparnisse bilden zu können und Bodenvermögen kaufen zu können. Diese *zwei Drittel der Bevölkerung können nur inflationär-verlustbringendes Geldkapital bilden.*

Für das Jahr 1982 ergibt sich folgendes Bild:

Die reinen (Nur-)Geldkapitalisten heimsten Leihzinsen ein in Höhe von	89,5 Mrd. DM
Die Inflationsverluste bezifferten sich auf	91,8 Mrd. DM
Der reale Vermögens»gewinn« war demnach *minus*	2,2 Mrd. DM

Die *leistungslos* erzielten *Vermögensgewinne der Sachsparer und Bodenbesitzer* bezifferten sich hingegen einschließlich Wertsteigerungen, Leihzinserlösen und Inflationsgewinnen *real* auf ca. *538 Milliarden D-Mark.*

In der Zeit von Ende 1950 bis Ende 1982 erzielten die Besitzer des Volksvermögens leistungslose Vermögensgewinne in Höhe von zwei Drittel des gesamten Vermögens.

Die leistungslos erzielten Vermögensgewinne der reinen (Nur-)Geldkapitalisten waren im gleichen Zeitraum hingegen real gleich Null!

Robinsonade, als Prüfstein einer Theorie

Silvio Gesell

Als Prüfstein für die Richtigkeit der hier entwickelten Zinstheorie, wie auch, um dem gerade in dieser Frage so sehr in uralten Vorurteilen befangenen Leser das Verständnis zu erleichtern, schicke ich folgende Robinsonade voran.

Vorbemerkung: Der Kürze halber lasse ich den hier beschriebenen Darlehnsvertrag ohne den regelnden Einfluß des Wettbewerbs sich vollziehen. Ließe ich den Wettbewerb in die Darlehnsverhandlungen eingreifen, etwa so, daß auf einen Darlehnsnehmer (Fremdling) mehrere Darlehnsgeber (mehrere Robinsons) kämen, so würde der Betrag noch viel günstiger für den Darlehnsnehmer ausfallen können, als es hier geschieht. – Eine zweite Voraussetzung ist, daß die beiden Vertragschließenden die Freiland-Grundsätze anerkennen, weil deren Nichtanerkennung unter den obwaltenden Verhältnissen zu Kampf und Raub, nicht zum Vertrage führen würde.

Robinson baute einen Kanal und mußte sich also auf 3 Jahre, der Dauer der ganzen Arbeit, mit Vorräten versehen. Er schlachtete Schweine, bedeckte das Fleisch mit Salz, füllte ein Loch in der Erde mit Getreide und deckte es sorgfältig zu. Er gerbte Hirschfelle und verarbeitete sie zu Kleidern, die er in einer Kiste verschloß, nachdem er als Mottenschutz noch eine Stinktierdrüse hineingelegt hatte.

Kurz, er sorgte nach seiner Ansicht gut für die nächsten drei Jahre.

Wie er nun eine letzte Berechnung darüber anstellte, ob sein »Kapital« für das geplante Unternehmen auch ausreichen würde, sah er einen Menschen auf sich zuschreiten.

Hallo, rief der Fremdling, mein Kahn ist zerschellt und so landete ich auf dieser Insel. Kannst du mir mit Vorräten aushelfen, bis ich einen Acker urbar gemacht und die erste Ernte eingeheimst habe?

Wie schnell flogen bei diesen Worten die Gedanken Robinsons von seinen Vorräten zum Zins und zur Herrlichkeit des Rentnerlebens! Er beeilte sich, die Frage zu bejahen.

Vortrefflich! antwortete der Fremdling, aber ich will dir sagen, Zins zahle ich nicht; sonst ernähre ich mich lieber von Jagd und Fischfang. Mein Glaube verbietet mir, sowohl Zins zu nehmen wie auch Zins zu geben.

R.: Da hast du eine prächtige Religion. Aus welchem Grunde aber glaubst du denn, daß ich dir Vorräte aus meinen Beständen herleihen werde, wenn du mir keinen Zins gibst?

Fr.: Aus Eigennutz, Robinson; auf Grund deines wohlverstandenen Vorteiles, weil du dabei gewinnst, und sogar ziemlich viel.

R.: Das, Fremdling, mußt du mir erst vorrechnen. Ich gestehe, daß ich nicht einsehe, welchen Vorteil ich davon haben kann, dir meine Vorräte zinsfrei zu leihen.

Fr.: Nun, ich will dir alles vorrechnen, und wenn du es mir nachrechnen kannst, so wirst du mir das Darlehn zinsfrei geben und dich noch bei mir bedanken. Ich brauche zunächst Kleider, denn du siehst, ich bin nackt. Hast du einen Vorrat an Kleidern?

R.: Die Kiste da ist bis oben voll.

Fr.: Aber Robinson, ich hätte dich für gescheiter gehalten! Wer wird denn Kleider für drei Jahre in Kisten vernageln, Hirschleder, den Lieblingsfraß der Motten! Außerdem müssen diese Kleider immer gelüftet und mit Fett eingerieben werden, sonst werden sie hart und brüchig.

R.: Du hast recht, aber wie sollte ich es anders machen? Im Kleiderschrank sind sie nicht besser geborgen; im Gegenteil, hier kommen Ratten und Mäuse noch zu den Motten hinzu.

Fr.: Oh! Auch in die Kiste würden die Ratten gedrungen sein, – sieh, da haben sie schon genagt!

R.: Wahrhaftig! Man weiß sich auch wirklich nicht davor zu retten!

Fr.: Du weißt dich nicht vor Mäusen zu schützen, und du sagst, du hättest rechnen gelernt? Ich will dir sagen, wie Leute in deiner Lage sich bei uns gegen Mäuse, Ratten, Motten, Diebe, gegen Brüchigwerden, Staub und Schimmel schützen. Leihe mir diese Kleider, und ich verpflichte mich, dir neue Kleider zu machen, sobald du welche brauchst. So bekommst du ebensoviele Kleider zurück, wie du mir geliefert hast, und zwar werden diese Kleider, weil neu, bedeutend besser sein als diejenigen, die du später aus dieser Kiste ziehen würdest. Obendrein werden sie nicht mit Stinktieröl verpestet sein. Willst du das tun?

R.: *Ja, Fremdling, ich will dir die Kiste mit den Kleidern abtreten, denn ich sehe ein, daß es für mich vorteilhaft ist, dir auch ohne Zins die Kleider zu überlassen**.

Fr.: Nun zeige mir mal deinen Weizen. Ich brauche solchen sowohl zur Saat wie für Brot.

R.: Dort am Hügel habe ich ihn vergraben.

Fr.: Du hast den Weizen für drei Jahre in einem Erdloch vergraben? Und der Schimmel, die Käfer?

R.: Das weiß ich, aber was sollte ich machen? Ich habe die Sache nach allen Seiten überlegt und nichts besseres für die Aufbewahrung gefunden.

*So selbstverständlich die Sache ist, so ist es doch Tatsache, daß bis heute noch keiner von allen Zinstheoretikern diesen Vorteil erkannt hat. Sogar Proudhon sah ihn nicht.

Fr.: Nun bück' dich mal! Siehst du die Käferchen an der Oberfläche herumspringen? Siehst du das Gemüll? Und hier diese Schimmelbildung? Es ist die höchste Zeit, daß der Weizen herausgehoben und gelüftet werde.

R.: Es ist zum Verzweifeln mit diesem Kapital! Wenn ich doch nur wüßte, wie ich mich verteidigen soll gegen diese tausenfältigen Zerstörungskräfte der Natur!

Fr.: Ich will dir sagen, Robinson, wie wir das bei uns zu Hause machen. Wir bauen einen luftigen, trockenen Schuppen und schütten auf den gut gedielten Boden den Weizen aus. Und regelmäßig alle drei Wochen wird der Weizen sorgfältig gelüftet, indem wir mit Schaufeln das Ganze umwerfen. Dann halten wir eine Anzahl Katzen, stellen Fallen auf, um die Mäuse zu fangen, versichern das Ganze gegen Feuer und erreichen so, daß der jährliche Verlust an Güte und Gewicht nicht mehr als 10 % beträgt.

R.: Aber bedenke doch, diese Arbeit, diese Kosten!

Fr.: Du scheust die Arbeit und willst keine Kosten? Ich will dir sagen, wie du es dann anfangen mußt. Leihe mir deinen Vorrat, und ich werde dir das Gelieferte aus meinen Ernten in frischem Getreide zurückzahlen, und zwar Pfund für Pfund, Sack für Sack. So sparst du die Arbeit, einen Schuppen zu bauen, brauchst das Getreide nicht umzuschaufeln und keine Katzen füttern, verlierst nichts am Gewicht und hast statt alten Korns immer saftiges, frisches Brot. Willst du?

R.: Mit tausend Freuden nehme ich den Vorschlag an.

Fr.: Also du lieferst mir das Korn zinsfrei?

R.: Versteht sich, zinsfrei und mit Dank meinerseits.

Fr.: Ich kann aber nur einen Teil gebrauchen, ich will nicht alles haben.

R.: Wenn ich dir nun den ganzen Vorrat anbiete, mit der Maßgabe, daß du mir für je 10 Sack nur 9 zurückzugeben brauchst?

Fr.: Ich danke, denn das hieße ja mit Zins arbeiten – zwar nicht mit aufschlagendem (positiven), sondern mit kürzendem (negativem) Zins –, und statt des Gebers wäre der Nehmer Kapitalist. Aber mein Glaube verbietet den Wucher, er verbietet auch den umgekehrten Zins. Ich mache dir aber den Vorschlag, deinen Weizenvorrat unter meine Aufsicht zu nehmen, den Schuppen zu bauen und alles Nötige zu besorgen. Dafür wirst du mir für je 10 Sack jährlich zwei Sack als Lohn bezahlen. Bist du damit einverstanden?

R.: Mir ist es gleich, ob deine Leistung unter dem Titel Wucher oder aber als Arbeit gebucht wird. Ich gebe dir also 10 Sack, und du lieferst mir 8 Sack zurück. einverstanden!

Fr.: Ich brauche aber noch andere Sachen: einen Pflug, einen Wagen und Handwerkzeug. Willst du mir das alles auch zinsfrei überlassen? Ich verspreche, dir alles in gleicher Güte zurückzuerstatten: für einen neuen Spaten einen neuen Spaten, für eine neue Kette eine neue, rostfreie Kette!

R.: Gewiß bin ich dazu bereit. Denn jetzt habe ich von all diesen Vorräten nur

Arbeit. Neulich war der Bach übergetreten und hatte den Schuppen überschwemmt, alles mit Schlamm bedeckend. Dann riß der Sturm das Dach fort, so daß alles verregnete. Nun haben wir trockenes Wetter, und der Wind treibt Sand und Staub in den Schuppen. Rost, Fäulnis, Bruch, Trockenheit, Licht und Dunkelheit, Holzwürmer, Termiten, alles ist unausgesetzt an der Arbeit. Noch ein Glück, daß wir keine Diebe und Brandstifter haben. Wie freue ich mich, jetzt durch Verleihen die Sachen so schön und ohne Arbeit, Kosten und Verlust für später verfügbar zu behalten.

Fr.: Also du erkennst es jetzt als einen Vorteil, mir die Vorräte zinsfrei zu überlassen*?

R.: Unumwunden erkenne ich es an. Aber warum, so frage ich mich jetzt, bringen drüben in der Heimat solche Vorräte dem Besitzer Zins ein?

Fr.: Die Erklärung mußt du im Gelde suchen, das drüben solche Geschäfte vermittelt.

R.: Was? Im Gelde soll die Ursache des Zinses liegen? Das kann doch nicht sein; – denn *höre, was Marx vom Geld und Zins sagt:* »Die Arbeitskraft ist die Quelle des Zinses (Mehrwert). Der Zins, der das Geld in Kapital verwandelt, kann nicht vom Geld herrühren. Wenn es wahr ist, daß das Geld Tauschmittel ist, so tut es nichts anderes, als die Preise der Waren bezahlen, die es kauft. Wenn es solchermaßen unveränderlich bleibt, so nimmt es nicht an Wert zu. Daher muß der Mehrwert (Zins) von den gekauften Waren herrühren, die teuer verkauft werden. Diese Veränderung kann weder beim Kauf noch beim Verkauf stattfinden; in diesen beiden Handlungen werden Äquivalente ausgetauscht. Es bleibt darum nur eine Annahme frei, daß die Änderung durch den Gebrauch der Ware nach dem Kauf und vor dem Wiederverkauf vor sich gehe.« *(Marx: Das Kapital, Kap. VI.)*

Fr.: Wie lange bis du schn auf dieser Insel?

R.: Seit dreißig Jahren.

Fr.: Das merkt man. Du berufst dich noch auf die *Wertlehre.* Ach, lieber Robinson, diese Sache ist erledigt. Die Wertlehre ist ausgestorben. Es ist überhaupt niemand mehr da, der sie vertritt.

**Knut Wicksell:* Wert, Kapital und Rente, S. 83: »Indessen behauptet *Boehm-Bawerk*, daß die gegenwärtigen Güter den künftigen mindestens gleichstehen, da sie ja nötigenfalls für die Verwendung in der Zukunft einfach »aufbewahrt werden können.« Das ist gewiß eine große Übertreibung. Boehm-Bawerk erwähnt freilich eine Ausnahme von dieser Regel, nämlich inbetreff von Gütern, die dem Verderb unterworfen sind, wie Eis, Obst und dergl. Allein dieses trifft ja in höherem oder niedrigerem Maße bei allen Nahrungsmitteln ohne Ausnahme zu. Ja, es gibt vielleicht keine anderen Güter als etwa die edlen Metalle oder Steine, deren Aufbewahrung für die Zukunft nicht besondere Arbeit und Fürsorge erheischt, wozu noch die Gefahr kommt, daß sie dennoch durch Unfälle, wie Feuer und dergl. verloren gehen können.« (Für Gold, Edelsteine, Wertpapiere gibt es jetzt in den Banken besndere Kammern für Privatgebrauch. Aber man muß hier eine Miete bezahlen, um deren Betrag »das gegenwärtige dem künftigen« Gut mindestens nachsteht.)

R.: Was, du sagst, die *Marxsche Lehre vom Zins* wäre ausgestorben? Das ist nicht wahr? Wenn auch sonst niemand mehr da wäre, – ich vertrete Sie!

Fr.: Gut, so vertritt sie, doch nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat. Vertritt sie, wenn du willst, mir gegenüber. Ich trete von dem soeben geschlossenen Handel zurück. Du hast hier in deinen Vorräten das, was nach Wesen und Bestimmung als die reinste Form dessen zu betrachten ist, was man gemeinhin »Kapital« nennt. Ich fordere dich auf, als Kapitalist mir gegenüber aufzutreten. Ich brauche deine Sachen. Kein Arbeiter ist jemals einem Unternehmer so nackt gegenübergetreten, wie ich jetzt vor dir stehe. Niemals ist das wahre Verhältnis vom Kapitalbesitzer zum Kapitalbedürftigen so rein zutage getreten wie in unserem gegenseitigen Verhältnis. Nun versuche, ob du von mir Zins erlangen kannst! Wollen wir also den Handel wieder von vorne anfangen?

R.: Ich verzichte. Die Ratten, Motten und der Rost haben meine kapitalistische Kraft gebrochen. – Aber sage, wie erklärst du die Sache?

Fr.: Die Erklärung ist einfach. Bestände hier auf der Insel Geldwirtschaft und ich als Schiffbrüchiger bedürfte eines Darlehns, so müßte ich mich nach Lage der Dinge an einen Geldgeber wenden, um die Dinge, die du mir soeben zinsfrei geliehen hast, zu kaufen. Diesem *Geldgeber* aber, den *Ratten, Motten, Rost, Feuer und Dachschäden nicht bedrücken,* kann ich nicht wie dir gegenübertreten. Den Verlust, der mit dem Besitz der Waren verknüpft ist, – sieh, da schleppt der Hund einen von deinen, will sagen, von meinen Hirschfellen fort! – den trägt nur derjenige, der die Waren aufzubewahren hat, nicht der Geldgeber; diesen berühren all diese Sorgen und die herrlichen Beweise nicht, mit denen ich dich so mürbe gemacht habe. Du hast die Kiste mit den Fellkleidern nicht zugeschlagen, als ich dir jede Zinszahlung verweigerte. Die Natur des Kapitals machte dich zu weiteren Verhandlungen geneigt. Der *Geldkapitalist aber schlägt mir die Tür des Geldschrankes vor der Nase zu, wenn ich ihm sage, ich würde keinen Zins zahlen.* Dabei brauche ich das Geld an sich ja nicht, sondern die Fellkleider, die ich mit dem Geld kaufen würde. Die Fellkleider gibst du mir zinsfrei; *das Geld dazu muß ich verzinsen*!

R.: So wäre die *Ursache des Zinses doch im Gelde* zu suchen, und *Marx* wäre im Unrecht? auch da, wo er sagt: »Im eigentlichen Handelskapital erscheint die Form G.W.G.' (Geld – Ware – Mehrgeld) = kaufen, um teurer zu verkaufen, am reinsten. Anderseits geht seine ganze Bewegung innerhalb der Zirkulationsphäre vor sich. Da es aber unmöglich ist, aus der Zirkulation selbst die Verwandlung von Geld in Kapital zu erklären, erscheint das Handelskapital unmöglich, sobald Äquivalente ausgetauscht werden, daher nur ableitbar aus der doppelten Übervorteilung der kaufenden und verkaufenden Warenproduzenten durch den sich parasitisch zwischen sie schiebenden Kaufmann. Soll die Verwertung des Handelskapitals nicht aus bloßer Prellerei der Warenproduzenten erklärt werden, so gehört dazu eine lange Reihe von Mittelgliedern.« (*Marx, Kapital 6. Aufl. Bd I, Seite 127.*

Fr.: Hier sowohl wie da ist er vollkommen im Irrtum. Und da er sich im Gelde irrte, diesem Zentralnerv de anzen Volkswirtschaft, so muß er überall im Irrtum sein. *Er beging – wie alle seine Jünger es taten – den Fehler, das Geldwesen aus dem Kreis seiner Betrachtungen auszuschalten.*

R.: Das haben mir unsere Verhandlungen über das Darlehn bewiesen. Das Geld ist für Marx ja auch nur Tauschmittel, aber es tut, wie es scheint, mehr als nur »die Preise der Waren bezahlen, die es kauft«. Daß der Bankmann dem Darlehnsnehmer den Geldschrank vor der Nase zuschlägt, wenn dieser keinen Zins zahlen will, und nichts von den Sorgen kennt, die die Besitzer der Waren (Kapital) drücken, das verdankt er nur der *Übermacht, die das Geld an und für sich über die Ware hat, – und da liegt der wunde Punkt*!

Fr.: Wieviel Beweiskraft doch die Ratten, Motten und der Rost haben!

Silvio Gesell »Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld« 4. Auflage 1920.

Unternehmer-Sein als Beitrag zur Überwindung des »Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit« im Rahmen marktwirtschaftlicher Ordnung?*

Jobst v. Heynitz

I. *Verwirrende Sprach- und Denkgewohnheiten*

Die Worte »Marktwirtschaft« und »Kapitalismus« werden innerhalb des politischen Spektrums von Liberalen und Konservativen und den ihnen nahestehenden Wissenschaftlern synonym gebraucht. Marktwirtschaft und Kapitalismus sind für sie auch in der Realität (wegen des Sprachgebrauchs?!), wenn man von kleineren Meinungsunterschieden absieht, identisch, eine untrennbare Einheit. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit und mit der Folge der Massenarbeitslosigkeit, soweit sie aus diesem Gegensatz hervorgeht, sind für jene – darin sind sie sich auch einig – unvermeidbare Phänomene, weil es Marktwirtschaft ohne diesen Gegensatz in der realen Welt nicht gibt und nach ihrer Meinung ohne diesen Gegensatz auch nicht denkbar ist. Zu diesem Schluß müssen sie notgedrungen bereits aufgrund ihres Sprachgebrauchs gelangen. – Eine Krankheit, die man für unheilbar hält, kann man – das ist zwingend – nur durch gegenwirkende Mittel unterdrücken, zeitlich hinausschieben oder in ihrer Wirkung mildern; wo man damit keinen Erfolg hat, kann man weiter nichts tun, als schmerzbetäubende oder -lindernde Mittel geben. In gleicher Weise läßt sich das Auftreten der Massenarbeitslosigkeit, wenn man sie für unvermeidbar hält, zwingend nur durch gegenwirkende Mittel unterdrücken, zeitlich hinausschieben oder mildern, aber nicht völlig beseitigen, und man ist deshalb, dort wo sie auftritt, auf schmerzbetäubende oder -lindernde Mittel, wie zum Beispiel die Arbeitslosenversicherung, angewiesen.

Was Liberalen und Konservativen an Sprachgebrauch und Denkgewohnheiten recht ist, kann Sozialdemokraten, Sozialisten und noch mehr den Kommunisten nur billig sein: Für sie und ihnen nahestehende Wissenschaftler sind Kapitalismus und Marktwirtschaft gleichermaßen sprachlich und gedanklich eine unauflösbare Einheit. Deswegen müssen sie notwendigerweise nach Lösungen suchen, den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ohne Marktwirtschaft oder außerhalb der Marktwirtschaft oder doch allenfalls in Mischformen zwischen Marktwirtschaftsordnung und Elementen der Zentralverwaltungswirtschaft, der sogenannten Planwirtschaft, zu überwinden. Ein Teil der Sozialisten und die Kommunisten, zumal dort, wo sie im Alleinbesitz der politischen Macht sind, suchen gar nicht mehr nach Lösungen. Für sie steht ein für allemal fest, daß der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit nur dort überwunden ist, wo sie die politische Macht haben und die Wirtschaft und alles übrige von oben – von der politischen Zentrale

*Überarbeitete und gekürzte Fassung eines im Sommer 1969 in Herrsching gehaltenen Vortrages.

aus – lenken können und marktwirtschaftliche Elemente total ausgeschaltet sind. Deshalb streben sie auch danach, die politische Macht auch dort zu erlangen, wo nach ihrer Meinung noch der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit besteht. – In dieser Gefahr befinden sich aber nicht nur diese politischen und wissenschaftlichen Kräfte.

Ich möchte versuchen, diese und andere in diesen Zusammenhang gehörende gängige Sprach- und Denkgewohnheiten etwas zu erschüttern, weil sie offenbar zu Fehlschlüssen und -handlungen führen und zur Denk- und Handlungsunfähigkeit dort beitragen können, wo Denk- und Handlungsbedarf besteht, und weil wir es uns nicht weiter leisten können, Mängel wie die Arbeitslosigkeit, unter der jedermann leidet, noch länger hinzunehmen.

II. *Begriffsklärende Bemerkungen*

Mit dem Gegensatz von Kapital und Arbeit ist der Gegensatz zwischen den sogenannten Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit gemeint. Kapital im Sinne dieses Gegensatzes ist einmal das sogenannte Geldkapital; man denke an Geldleistungen, die der Wirtschaft in mannigfacher Form, zum Beispiel als Darlehen oder für den Erwerb von Aktien oder anderen Unternehmensbeteiligungen, gegeben werden. Weiter sind nach dem allgemeinen Sprachgebrauch auch Produktionsmittel – man denke an eine Fabrikhalle, an Bürogebäude, an Fabrikations- und Büromaschinen und an Werkzeug – auch Kapital(güter) im Sinne des Gegensatzes. Grundstücke und der Erde oder Natur entnommene Rohstoffe, heute vor allem die knappen Energievorräte, werden in der normalen volkswirtschaftlichen Terminologie zum dritten Produktionsfaktor, dem Grund und Boden, gerechnet. Im Zusammenhang mit dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit müssen wir sie aber zu den Kapitalgütern in einem weiteren Sinne rechnen, weil die Eigentümer über Grund und Boden und Rohstoffe auch im Interessen-Gegensatz zum Produktionsfaktor Arbeit stehen. Mit dem scheußlichen Begriff Produktionsfaktor Arbeit wird der arbeitende Mensch bezeichnet.

Die Abschaffung der Sklaverei und Leibeigenschaft als Herrschaftsrechte über die persönliche Freiheit der Menschen brachte den Menschen die persönliche Freiheit, das heißt das »Eigentum« über sich selbst. Der Sklave und Leibeigene und der Sklaven- und Leibeigenenhalter, beide dürfen nur noch über sich selbst verfügen, nicht mehr über andere. – Andere Vorrechte (vor dem Recht liegend) sind damit aber noch nicht beseitigt worden, zum Beispiel Standes- oder Gewerbeprivilegien usw. Der Begriff »Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit« versucht, die noch bestehenden verschiedenen Vorrechte zu einem Begriff zusammenzufassen und die Teilung der Bevölkerung in Arm und Reich, Herrscher und Beherrschte, die mit diesen Vorrechten zusammenhängt, auf den Gegensatz zu

reduzieren, daß einige wenige Eigentümer von Kapitalgütern die Masse der übrigen Menschen, die über nichts als ihre Arbeitsfähigkeit verfügen, beherrschen (können).

III. *Harmloser oder gefährlicher Sprachgebrauch?*

Diese Begriffsreduktion hat den Vorteil, den Gegensatz zwischen Arm und Reich, Herrschern und Beherrschten einfach und sinnfällig erklären zu können und könnte, wobei man freilich auf Vermutungen angewiesen ist, auch aus diesem Grunde versucht worden sein. Man denke nur daran, wie leicht man »einsieht«, daß, wenn die Eigentümer die Nutzung und den Verbrauch der Kapitalgüter nicht zulassen, die Arbeiterschaft nicht arbeiten kann und folglich Arbeitslosigkeit eintreten muß.

Nach der Ansicht jener, die diesen Begriff immer wieder im Munde führen, sieht die Welt (noch immer) so aus: Der eine Teil der Bevölkerung, die abhängige Arbeitnehmerschaft und die Landwirtschaft dürfe arbeiten und erzeugen, oft aber nicht einmal das wie die verbreitete Arbeitslosigkeit zeige; denken, lenken, verteilen und genießen aber dürfen andere. Auf gut deutsch: die einen dürfen »schaffen«, die anderen dürfen »leben«. Dieser »Zweiklassengegensatz«, in marxistischer Terminologie »Klassengesellschaft« genannt, wird von den Marxisten mit dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit erklärt. Auf sie geht das einprägsame, politisch sehr wirksame Bild des »Zweiklassengegensatzes« zurück.

Die Wirklichkeit ist sowohl in den sogenannten kapitalistischen als auch in den sogenannten sozialistischen Ländern wesentlich vielschichtiger. Es gibt verschiedene Vorrechte und infolgedessen vielschichtige Abhängigkeitsstrukturen und Wettbewerbsvorteile. So können etwa durch komplizierte Steuer-, Gewerbeaufsichts-, Bau- und Planungs- oder Subventionsgesetze Unternehmen, die sich besser beraten lassen können, Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen haben. Es kann die gesamte Bevölkerung mit kleinen und großen Unternehmen vom Staat abhängig sein, wo wirtschaftliche Angelegenheiten, wie die Produktion und Verteilung, vollständig oder doch zum Teil Sache oberster Staatsorgane sind. Unter dem Nazi-Regime wurden und in den kommunistischen Staaten werden sowohl die staatlichen als die wirtschaftlichen Angelegenheiten zentral von politisch/staatlichen Organen gelenkt. Hier wie dort war bzw. ist die Abhängigkeit der Menschen in keiner Weise aufgehoben. Denn, wenn man dem Begriff »Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit« einen Erklärungswert beimißt, so ist hier der einfache Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zu einem Gegensatz zwischen politischer Macht und Kapital gegen Arbeit verschlimmert worden. Die Verstaatlichung der Wirtschaft – das hat die kommunistische und nationalsozialistische Praxis erwiesen – kann daher den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit nicht

überwinden. Wer anderes glaubt oder hofft, unterliegt einem frommen Selbstbetrug. Er merkt es wohl in den meisten Fällen nicht, weil er die Begriffe »Klassengesellschaft« und den »Gegensatz von Kapital und Arbeit« für wahr hält, damit einem gefährlichen Sprachgebrauch und den daraus hervorgehenden Denkbarrieren aufsitzt.

IV. *Ordnungs- und Rechtsfragen*

Fragt man nach dem wahren Kern des Begriffs »Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit« und des daraus abgeleiteten Begriffs der »Klassengesellschaft«, so unterstellen sie ein Übergewicht der Kapitalisten über die Arbeiter. Aber was schafft dieses Ungleichgewicht? – Es sind – das steckt als Kern im Gegensatz von Kapital und Arbeit – unterstellte Vorrechte der Kapitalseite, die den Kapitalisten eine übergeordnete Stellung gegenüber der arbeitenden Bevölkerung geben. Hinter dem Gegensatz von Kapital und Arbeit verbirgt sich deshalb die Frage nach dem Gleichgewicht der Rechte in der Wirtschaft. Wer sich so mit diesem Gegensatz befaßt, behandelt damit wirtschafts*rechtliche* Probleme, fragt nach den Voraussetzungen einer gleichgewichtigen Wirtschafts*rechts*ordnung. Insofern hat die Auseinandersetzung mit dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit einen praktischen Sinn und kann weiter führen, weil damit Fragen gestellt sind, mit denen man sich denkend auseinandersetzen muß, und nicht nur die billige Lösung hinter der Sprechblase vom Gegensatz von Kapital und Arbeit im Auge hat, nur mit der Verstaatlichung alles Wirtschaftlichen oder doch wenigstens mit mehr Staat im Wirtschaftsbereich sei der Gegensatz aufzuheben.

V. *Wer weiß das Recht auf Arbeit auf seiner Seite?*

Auf einer Tagung zum arbeitsrechtlichen Thema, wie durch einen verbesserten Kündigungsschutz der Arbeitsplatz von Arbeitnehmern besser gesichert werden könne, sprach man zur Einstimmung darüber, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit das Recht auf Arbeit verwirklicht sei. Man einigte sich auf fünf Forderungen:

1. Der arbeitende Mensch müsse den Arbeitsinhalt bestimmen dürfen; er müsse das Recht haben zu bestimmen, was produziert werden soll. In diesen Zusammenhang gehört vor allem der Streit, wer über den Zweck, den Ort und die Zeit von Investitionen bestimmen soll, Stichwort: Investitionsfreiheit oder Investitionslenkung;

2. Der Arbeitende müsse seine Arbeitsweise bestimmen dürfen, vor allem die Gestaltung des Arbeitsplatzes, des Arbeitsablaufs und der Arbeitszeit;

3. Der Arbeitende müsse den vollen Arbeitsertrag erhalten. Darunter ist zu verstehen das Recht, das Eigentum am Arbeitsergebnis, z. B. der produzierten Ware, zu erwerben und den vollen (Netto-)Verkaufserlös dafür zu erhalten.

4. Der Arbeitende müsse sich in der Arbeit selbst verwirklichen können. Danach soll jeder arbeitende Mensch die Möglichkeit haben, in die Arbeit etwas von sich selbst hineinzulegen, das auch im Ergebnis der Arbeit noch sichtbar ist. Am besten erkennbar ist das beim Kunstwerk. Es gibt Gemälde und Musik, deren Autoren man sofort erkennt. Oder ein kunsthandwerklich gestalteter Kleiderschrank trägt das Gesicht des Kunstschreiners so stark, so daß ich mit ihm darüber auch nach dem Tode, obwohl ich ihn nie gesehen habe, noch in Verbindung stehen kann. Die Möglichkeit, sich in der Arbeit zu verwirklichen, sollte aber nicht nur Künstlern vorbehalten sein. Jedes Arbeitsergebnis sollte etwas von einem Kunstwerk haben.

5. Um alle diese Voraussetzungen zu sichern, müsse der Arbeitsplatz, der diese Voraussetzungen erfüllt, unkündbar sein.

Dieser Katalog enthält eine geradezu ideale Beschreibung des Arbeitsplatzes des auf eigenen Füßen stehenden Unternehmers, des (wirtschaftlich) Selbständigen:

1. Er kann bestimmen, welchen Inhalt seine Arbeit haben soll, was und wieviel produziert, wo und zu welchem Zweck investiert werden soll.

2. Er kann seinen Arbeitsplatz, seine Arbeitsweise und seine Arbeitszeit gestalten.

3. Er wird Eigentümer des Arbeitsergebnisses, der am Markt erzielbare Verkaufserlös fällt ihm zu, so daß er das Recht auf den vollen Arbeitsertrag verwirklichen kann.

4. Er hat am ehesten die Möglichkeit, ein Arbeitsfeld zu wählen, das ihn erfüllt und ihm Raum zur Selbstverwirklichung in der Arbeit gibt. Ob er von diesem Angebot immer Gebrauch macht, ist eine andere Frage.

5. Er hat einen unkündbaren (sicheren) Arbeitsplatz.

So gesehen, weiß nur der Unternehmer, der seinen Arbeitsplatz nur sich selbst verdankt, das Recht auf Arbeit im vollen Umfang auf seiner Seite. In seiner Person ist der Gegensatz zwischen Arbeitgebern und davon abhängigen Arbeitnehmern aufgehoben und insoweit auch der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital. – Aber der Unternehmer ist deshalb nicht frei von Abhängigkeiten. Er muß sich z. B. nach seiner Kundschaft und seinen Lieferanten richten, um nur das Wesentlichste zu nennen. (Über die engen Grenzen der Selbständigkeit: Dieter Suhr, Vom selbständigen Menschen im verfaßten Gemeinwesen, Fragen der Freiheit, Heft 160, S. 3 ff.)

VI. Eine Politik gegen Arbeitslosigkeit?

Aber es bleibt hervorzuheben: Wer für sich selbst Unternehmer wird und bleibt, befreit sich aus der Abhängigkeit vom Arbeitsplatzangebot der Arbeitgeber und hebt insoweit einen wesentlichen Teil des Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital für sich auf. Er kann möglicherweise auch der Arbeitslosigkeit entrinnen. Aus diesem Grunde finden gerade heute viele Menschen den Weg in die wirtschaftliche Selbstständigkeit.

Wer eine Politik macht, die die rechtlichen und sonstigen Hindernisse für das Selbständigwerden und -bleiben beseitigt, kann daher den wirksamsten Beitrag zur Aufhebung des Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital und zur Linderung der Arbeitslosigkeit leisten. Er erreicht auf jeden Fall mehr als mit einer Wirtschaftswachstums- oder einer Arbeitnehmerkündigungsschutzpolitik.

Diese Forderung entspricht den Prinzipien marktwirtschaftlicher Wirtschafts*rechts*ordnung. Denn in der (freien) wirklich nach marktwirtschaftlichen Prinzipien geordneten Wirtschaft soll jeder wirtschaftlich tätige Mensch selbständiger Unternehmer sein können, soweit er es will.

VII. *Das heutige Bild: Wenig Unternehmer, viel Arbeitnehmer*

Mehr als 90 % der arbeitenden Bevölkerung in der BRD sind heute Arbeitnehmer, während es 1950 nur etwa 60 % waren. Die Entwicklung hat sich also verschlechtert. Die Wirklichkeit hat sich vom Ideal marktwirtschaftlicher Wirtschaftsordnung entfernt. Trotzdem gibt es heute noch Chancen, sich selbständig zu machen, so daß der Eindruck, es fehle heute die Durchlässigkeit zur Selbständigkeit vollständig, falsch wäre.

Aber diese Zahlen zeigen, daß den Menschen, die selbständig werden und bleiben wollen, doch erhebliche Hindernisse in den Weg gestellt werden. Schließlich weiß man auch aus Erfahrung, daß sich im Durchschnitt nur die besonders Leistungs- und Durchsetzungsfähigen selbständig machen können. Deshalb muß das Angebot für das Selbständigwerden verbreitert werden, um auch Menschen die Chance zu geben, sich selbständig zu machen, denen es – aus welchen Gründen auch immer – schwerer fällt, die inneren und äußeren Widerstände zur Selbständigkeit zu überwinden. Daß nicht alle Menschen selbständige Unternehmer werden, weil sich nicht alle dafür eignen oder viele auch gar nicht selbständig werden wollen, versteht sich von selbst. Das darf aber kein Grund dafür sein, weiter alles beim alten zu lassen. Schließlich stellt das Grundgesetz mit dem Schutz der Menschenwürde und mit dem Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit für jedermann ein rechtliches Umfeld in Aussicht, daß der Selbständigkeit günstig sein muß.

VIII. *Der beschwerliche Weg in die Selbständigkeit*

Man stelle sich junge Menschen vor, die entweder allein oder zusammen in Form einer Gesellschaft oder Genossenschaft sich auf handwerklichem, kaufmännischem Gebiet oder in einem anderen Berufszweig selbständig machen möchten. Womit haben sie zu rechnen?

1. *Der Unternehmer als Staatsbüttel?*

Was heute auf große wie kleine Unternehmen an staatlichen Anforderungen niederprasselt, ist nicht gerade dazu angetan, den Mut zur Selbständigkeit zu heben. Man denke an die komplizierten Steuer-, Arbeits- und Sozialgesetze, an mannigfaltige Pflichten und Bitten bei statistischen Erhebungen mitzuwirken, an die mehr und mehr um sich greifende Unsitte, daß der Staat Aufgaben, die früher seine Behörden erledigten, an Unternehmen delegiert, so daß diese zu Außenstellen staatlicher Behörden werden; so ist etwa die Buchhaltungsabteilung eines Unternehmens schon beinahe eine Steuerfahndungsstelle des Finanzamts. – Kaum noch erträgliche Ausmaße erreicht der von Unternehmen zu erledigende Verwaltungsaufwand, wo der Staat Subventionen verteilt.

Man sagt bekanntlich, daß VW, Siemens, BASF oder AEG den Konkurs nicht zu fürchten haben, weil es der Staat sich nicht leisten kann, bei einem Konkurs einer dieser Firmen Tausende von Arbeitsplätzen zu opfern. Der Staat setzt sich aber nicht nur auf der höchsten Ebene, sondern auch auf kommunaler Ebene für in Krisen geratene Unternehmen im Interesse der Arbeitsplatzsicherung ein. Dabei werden auch große Unternehmen bevorzugt mit teilweise verheerenden Wirkungen für kleine und mittelständische Unternehmen. So hat nach einem Fernsehbericht zum Beispiel die Stadt Hamburg einer Großwerft mit der Auflage finanziell unter die Arme gegriffen, nicht nur den Schiffsbau zu betreiben, sondern auch neue Produktionen in ihr Programm aufzunehmen. Die Werft hat daraufhin beschlossen, die Produktion und Wartung von Großheizanlagen zu übernehmen. Dieser Produktionszweig ist aber eine Domäne mittelständischer und kleinerer Unternehmen. In diese Domäne bricht jetzt die von staatlicher Seite subventionierte Großindustrie ein. Der Staat läuft also Gefahr, mit Subventionen solcher Art kleineren und mittleren Unternehmen die Existenzgrundlage streitig zu machen und die weitere Konzentration in der Wirtschaft zu fördern.

Man kann noch viele Beispiele für einen der Selbständigkeit abträglichen staatlichen Einfluß nennen. Aber es ist bereits deutlich geworden, daß ein wesentliches Hindernis für das Unternehmersein heute der massive Staatseinfluß in allen Lebensbereichen ist und daß dieser erheblich zurückgenommen werden muß, um das Selbständigwerden und -bleiben zu erleichtern.

2. *Staatliche Zulassungsschranken*

Wer sich als Handwerker selbständig niederlassen möchte, muß nach der Handwerksordnung (staatlich) geprüfter Handwerksmeister sein. Diese Zulassungsschranke sei nötig, so lautet die Begründung, damit Kunden der Handwerker ein gewisser Leistungsstandard gesichert werde und sie vor mangelhafter Leistung und Schäden geschützt werden und Lehrlinge eine gesicherte Ausbildung erhalten.

Wer weiß, daß andere Staaten diese Zulassungsschranke für Handwerker nicht oder doch nicht in dieser ausgeprägten Form kennen und sieht, daß die Kunden in diesen Staaten auch keinen größeren Anlaß zu Klagen über Handwerkerleistungen haben, stellt die Frage: Wem nützen die staatlich verordneten Zulassungsschranken? Dienen sie der Selbständigkeit oder ist hier nicht vielmehr ein Relikt aus der Zeit des Zunftzwanges zur künstlichen Verknappung der Konkurrenz zum Schutz bereits im Amt und Würden stehender Handwerker übrig geblieben?

Interessanterweise muß ein Unternehmer, der ein Gewerbe, das typischerweise auch handwerklich betrieben wird, wenn er es gleich im größeren industriellen Maßstab aufnimmt, weder die Vorkenntnisse besitzen noch die Prüfungen eines Handwerksmeisters bestehen. Er muß nur, um Industrieller im Sinne der Handwerksordnung zu sein, mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigen, eine größere Fabrikhalle und eine Reihe größerer Maschinen besitzen und sich auf die Fertigung gewisser Serienprodukte spezialisieren. Einen Meister muß er nur dann noch anstellen, wenn er Lehrlinge ausbilden möchte. Deshalb könnte die Zulassungsschranke für Handwerker auch den weiteren (ungenannten) Zweck haben, die Industrie vor lästiger handwerklicher Konkurrenz zu schützen.

Sicherlich gibt es gute Gründe, über gewerberechtliche Mindeststandards Gefahren abzubauen, z. B. bei der Arbeit mit gefährlichen Werkstoffen und Anlagen. Aber es ist nicht einzusehen, warum z. B. ein Schuster, Schneider oder Schreiner Meister sein muß, um seine Arbeiten verantwortlich auszuführen. Deshalb wird man das Gefühl nicht los, daß auf diesem Gebiet viel Überflüssiges geschieht und den Selbständigen unbegründete Hindernisse in den Weg gelegt werden.

3. *Unternehmer als Grundstückseigentümerabhängige?*

Ein Handwerker benötigt Platz für seine Werkstatt, der Kaufmann für seinen Laden oder Büro usw. Damit ist ein Gegenstand angesprochen, der am Anfang zu den Kapitalgütern im weiteren Sinne gerechnet wurde. Man stelle sich vor, ein Handwerker oder Kaufmann finde zwar geeignete Grundstücke oder Räume, aber keinen Eigentümer, der bereit ist, sie zu vermieten oder zu verkaufen. Das heißt: der Handwerker, Kaufmann usw. kann sich nicht selbständig machen. Bereits hier ist der Traum von der Selbständigkeit zu Ende. – Dieser – eingestande-

nermaßen extreme Fall – zeigt, daß ein Bodenrecht notwendig ist, das den Zugang auch dann öffnet, wenn Eigentümer sich dagegen sperren. Wie solch ein Bodenrecht beschaffen sein muß, möchte ich hier nicht behandeln, weil unter den spezifischen Gegebenheiten in der Bundesrepublik sich in der Regel verkaufs- oder vermietungsbereite Eigentümer finden lasen. Aber das Rechtsproblem, daß unser Bodenrecht einer nach marktwirtschaftlichen Prinzipien gestalteten, der Selbständigkeit günstigen Wirtschafts*recht*sordnung noch nicht genügt, besteht (vgl. dazu »Votum für eine nutzer- und eigentumsfreundliche Reform des Bodenrechts«, Fragen der Freiheit, Heft 134, S. 38 ff.).

4. *Unternehmer und Produktionsmittelabhängigkeit?*

Der Erwerb der Produktionsmittel Werkstatt, Maschinen, Handwerkszeug, Material ist heute, sieht man von den bodenrechtlichen Rohstoffproblemen einmal ab, kein Problem. Man findet überall in der Bundesrepublik und im Ausland Unternehmen, die sich darum reißen, eine Werkstatt, Maschinen, Handwerkszeug und anderes Material zu bauen und zu liefern. Das einzige Problem, das hier besteht, ist das Zeitproblem. Man muß auf die Ausführung seiner Aufträge, speziell bei Einzelanfertigungen und Sonderwünschen warten.

Die Sprach- und Denkgewohnheit der Marxisten, daß der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit etwas mit dem Eigentum an Produktionsmitteln zu tun hat, erweist sich also als falsch, weil Produktionsmittel vermehrbar sind, so daß man nicht vom Eigentümer von Produktionsmitteln abhängig ist, sondern selbst Eigentum an den Produktionsmitteln erwerben kann. Nur in Staaten, deren Gesetze den Erwerb von privatem Einzeleigentum an Produktionsmitteln und dessen freie Produktion nach der Nachfrage verbieten, gibt es den Gegensatz von Kapital und Arbeit in der Form, daß Menschen vom Eigentümer der Produktionsmittel abhängig sind und auf Dauer ausgebeutet werden können.

Etwas anders liegt die Sache freilich, wenn jemand für bestimmte Güter ein Ausschließlichkeitsrecht, z. B. ein Patent, besitzt. Hier kann es passieren, daß der Inhaber die Produktion dieser Sachen nicht erlaubt oder einen Besteller nicht beliefert. Das gleiche gilt auch für Unternehmen, die ein tatsächliches Monopol auf bestimmte Werkzeuge oder Materialien haben und einen Kunden – aus welchen Gründen auch immer – nicht beliefern. Die Rechtsordnung hat hier dafür zu sorgen, daß der Wettbewerb gewährleistet ist und Ausschließlichkeitsrechte entweder überhaupt nicht begründet werden oder doch nicht so weit gehen, daß sie den Zugang zu den Gütern total ausschließen. Die Gesetze der Bundesrepublik erfüllen diese Voraussetzungen weitgehend.

5. *Unternehmer sind abhängig vom Geldkapital*

Handwerker, Kaufleute usw. brauchen, um ihre Erstausstattung oder Material-, Energielieferanten in Zeiten ohne Einnahmen zahlen zu können, zur Überbrükkung bis zum Einnahmenfluß Geld. Haben sie es nicht selbst, so müssen sie in irgendeiner Form Kredit aufnehmen, sei es ein Darlehen bei einer Bank, sei es durch Aufnahme von Kapitalisten in ihr Geschäft, die das erforderliche Geld einbringen.

Soll das Selbständigwerden und -bleiben erleichtert werden, so muß das Startgeldkapital und das sonstige Überbrückungskapital möglichst billig sein. Am willkommensten sind jedem Unternehmer – sowohl in der Anfangsphase als auch später – verlorene Zuschüsse, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Schlechter, aber immer noch gut sind Kredite, für die keine Zinsen gezahlt und keine Rückzahlungssicherheiten (Bürgschaften, Hypotheken) gegeben werden müssen. Schwer wird es für jeden Unternehmer, besonders für Anfänger, wenn Kredite teuer sind, hohe Zinsen gezahlt und 100 %ige Sicherheiten gegeben werden müssen, bevor es Kredite gibt.

Von privater Seite gibt es verlorene Zuschüsse, d. h. also nicht zurückzahlbares Geldkapital oder – sagen wir es mit einem anderen Wort – Spenden für Unternehmensgründungen und die weitere Unternehmensunterhaltung – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht. Zu den Ausnahmen gehören Schenkungen im Familienbereich, vom Vater an die Tochter oder den Sohn, von Großeltern für Enkel.

Der Staat gibt immer wieder einmal für Unternehmensgründungen oder für die Unternehmensunterhaltung verlorene Zuschüsse, aber zu welchem Preis: Staatszuschüsse führen

1. zu höheren Steuern oder Staatsanleihen. Die Mittel für die Zinsen müssen, wenn sie nicht aus der Gelddruckerei der Bundesbank kommen, über Steuern oder Kredite aufgebracht werden. Der Staat gibt dann mit der rechten Hand, was er vorher mit der linken Hand einkassiert hat. Staatszuschüsse beschränken damit das Recht des Selbständigen und der Unselbständigen, ihre Arbeitserträge voll zu behalten und frei über ihre Verwendung zu entscheiden.
2. Die Zuschußbetriebe müssen sich nach dem Motto »wer zahlt, schafft an« den staatlichen Auflagen – sei es beschäftigungspolitischer oder produktionspolitischer Art (Investitionslenkung) – unterwerfen. Es besteht also die Gefahr, daß die Unternehmer Teile ihrer Selbständigkeit aufgeben müssen, um an staatliche Zuschüsse heranzukommen. Zuschußbetriebe werden staatsabhängig.
3. Benachteiligen Zuschüsse die Wettbewerber, die sie nicht erhalten.

Staatliche Zuschüsse gefährden also eher die Selbständigkeit. Eine Förderung sind sie kaum.

Zinslose Kredite und Kredite ohne Rückzahlungssicherheiten oder andere Auflagen, z. B. Mitspracherechte der Kapitalgeber in der Geschäftspolitik, gibt es von privater Seite ebenso wenig wie verlorene Zuschüsse. Wo der Staat zinslose Kredite gewährt, drohen im Prinzip die gleichen Gefahren wie bei staatlichen verlorenen Zuschüssen.

Unternehmer sind daher in erster Linie auf den allgemeinen Geldkapitalmarkt angewiesen. Dort gibt es aber nur Kredite und Geldkapitalangebote gegen von der Marktlage abhängige Zinsen oder gegen Mitspracherechte oder gar den maßgeblichen Einfluß des Kapitalisten auf die Geschäftspolitik. Die Alternative heißt also Zinsen oder Investitionslenkung durch Kapitalisten. Ferner werden regelmäßig Sicherheiten, z. B. Bürgschaften, Hypotheken, Sicherungsübereignungen und Unternehmensübernahmerechte der Kapitalgeber verlangt, die das Zins- und Rückzahlungsrisiko der Geldkapitalgeber auf ein Minimum senken. Dabei besteht zwischen Rückzahlungssicherheit und Zinshöhe noch folgender Zusammenhang: Wer das Zins-und Rückzahlungsrisiko gut absichern kann, bekommt Kredite mit niedrigerem Zinssatz als derjenige, der wenig oder gar keine Rückzahlungssicherheiten bieten kann.

Fazit: Vermögende Unternehmer bekommen preisgünstigere Kredite als Anfänger, die nur wenig oder keine Rückzahlungssicherheiten bieten können. Große Unternehmen, z. B. VW, Siemens, aber auch größere mittelständische Unternehmen mit weitverzweigten Verbindungen und Beziehungen haben noch besondere Wettbewerbsvorteile bei der Geldkapitalbeschaffung. Diese Unternehmen haben wegen ihrer weiträumigen Beziehungen die Möglichkeit, sich auch an anderer Stelle, z. B. im Ausland, billige Kredite zu verschaffen, an die kleinere Unternehmen nicht herankommen.

Von der Seite des Zugangs zum Geldkapital, insbesondere zum Kredit, sind also in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Realität erhebliche Hindernisse auf dem Wege in die Selbständigkeit errichtet. Sie lassen sich überwinden, wie Beispiele immer wieder zeigen. Aber leicht zu überwinden sind diese Hindernisse nicht. Junge Unternehmer stoßen hier auf ein nur sehr schwer zu übersteigendes Hindernis.

Nach allem muß der Unternehmer so erfolgreich sein, daß sich das investierte Geld, das eingesetzte Geldkapital marktüblich oder noch besser verzinst. Der selbständige Unternehmer muß also heute, vor allem wenn er mit fremdem Geld, dem sogenannten Fremdkapital arbeitet, Zinsen erwirtschaften und zahlen. Das heißt: Auch der selbständige Unternehmer ist vom Kapital, nämlich vom Geldkapital, abhängig. Er muß sich in vergleichbarer Weise wie die Arbeitnehmer gefallen lassen, daß ihm nicht der volle Arbeitsertrag zufällt. Er muß Arbeitsinhalt und Arbeitsweise so ausrichten, daß eine möglichst hohe Verzinsung des eingesetzten

Geldes erzielt wird; und wird durch diese Notwendigkeit bei der Selbstverwirklichung in der Arbeit behindert. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ergreift daher nicht nur die Arbeitnehmerschaft, sondern in gleicher Weise die Unternehmer. Man kann also auch davon sprechen, daß es einen Gegensatz zwischen Geldkapital und Unternehmerarbeit gibt. Das klingt überraschend, ist aber so!

5. *Unternehmer sind abhängig von der Vollbeschäftigung*

Damit ein Unternehmen ins Geschäft kommt und im Geschäft bleibt, muß es selbst wesentliche Beiträge leisten, z. B. sich nach der Nachfrage richten, sich mit Leistungen einen guten Ruf schaffen und erhalten, sein Angebot erforderlichenfalls auch durch Werbung bekannt machen und im Gespräch halten. Aber zu allen Einzelbeiträgen muß noch etwas hinzukommen, was außerhalb seines Einflußbereichs liegt: Die Kunden des Unternehmens müssen ihrerseits beschäftigt sein und ausreichend Einkommen erzielen, damit sie dem Unternehmen Aufträge erteilen und sie bezahlen können. Was hier beschrieben ist, sind zwei volkswirtschaftliche Binsenwahrheiten:

1. Das volkswirtschaftliche Geflecht gegenseitiger Einnahmen und Ausgaben (häufig als Kreislauf beschrieben).
   Die Ausgaben von Herrn Huber verschaffen Herrn Meier, Müller und Klose Beschäftigung und Einnahmen; die Ausgaben der Familie Meier, Müller und Klose beschäftigen wieder andere, bis schließlich irgendwelche Ausgaben wieder Herrn Huber Beschäftigung und Einnahmen verschaffen.

2. Je größer der Anteil der Einnahmen ist, der für Produkte und Leistungen ausgegeben wird, umso näher kommt man der Vollbeschäftigung; am nächsten kommt man der Vollbeschäftigung, wenn alle Einnahmen für Produkte und Leistungen ausgegeben werden. Als Anmerkung möchte ich hinzufügen, um Mißverständnisse auszuschließen, daß auch andere Faktoren noch auf das Ausmaß der Beschäftigung Einfluß haben, z. B. die Mobilität der Unternehmen und Arbeitnehmer und der Arbeitswille.

Wir sehen also: Ob ein Unternehmen die für seine Existenz erforderlichen Aufträge und Einnahmen erhält, hängt zu einem guten Teil davon ab, welcher Teil der Einnahmen wieder und wieder für Produkte und Leistungen ausgegeben wird und wie hoch das Ausmaß der Beschäftigung ist. Am günstigsten sieht es aus, wenn

1. der Absatzkreislauf geschlossen ist, also alle Einnahmen für den Erwerb von Produkten und Leistungen wieder ausgegeben werden, und
2. Vollbeschäftigung herrscht, d. h. alle arbeitswilligen Unternehmer und Arbeitnehmer auch Arbeit finden. Denn unter dieser Voraussetzung hat jedes Unter-

nehmen die größten Chancen, einen Teil des Ausgabenstroms auf seine Mühlen zu leiten, nämlich aus dem Ausgabenstrom Aufträge an Land zu ziehen und Einnahmen zu erzielen.

Fazit: Unternehmer und Arbeitgeber brauchen in gleicher Weise als Grundlage für ihre Existenz Vollbeschäftigung und ein geschlossenes Absatzgeflecht, bei dem alle Einnahmen Ausgaben für Produkte und Leistungen werden. Unterbeschäftigung und Absatzkrisen schaden ihnen gleichermaßen. Beide sind vollbeschäftigungsabhängig.

IX. *Vollbeschäftigungsausgaben – keine Umwege*

Vollbeschäftigung ist auf Dauer nur zu erzielen, wenn – wie gesagt – alle Einnahmen immer wieder Ausgaben für Produkte und Leistungen werden. Umwege des Geldes in andere Kanäle sind für die Vollbeschäftigung Gift.

Wir haben daher zu fragen, wo Einnahmenumwege auftreten und welche Folgen das für die Ausgaben für Produkte und Leistungen hat.

1. *Zinsumwege als Vollbeschäftigungshindernis?*

Einnahmen, die nicht direkt für Produkte und Leistungen ausgegeben werden, sondern zur Anlage zur Verfügung stehen, gehen einen Umweg, weil sie erst wieder über die Geldanlagegeschäfte Ausgaben für Produkte und Leistungen werden können.

Dem Zins wird die Funktion zugeschrieben, dieses Geld und in seinem Gefolge alles, was daran hängt, also insbesondere Rohstoffe, Unternehmer und Arbeitnehmer in die produktivsten Bereiche zu lenken. Stimmt das? – Die volkswirtschaftliche Funktion des Geldes besteht darin, ein Legitimationspapier für Ansprüche auf Teile des Sozialprodukts und Dienstleistungen aller Art nach Maßgabe seiner Kaufkraft zu sein. Bei Geldanlagegeschäften, z. B. den vielen Möglichkeiten, verzinsliche Kredite zu geben, werden diese Ansprüche auf den Empfänger übertragen, so daß alles, was an den Weg des Geldes gebunden ist, an und für sich in die produktivsten Bereiche gelenkt werden könnte. – In der Nachkriegszeit, als viel zerstört war, hat dieses Geld Menschen und Produkte aller Art sehr sinnvoll dem Aufbau der Produktionsanlagen und Wohnungen zugeführt und sich damit als sehr nützlich erwiesen.

Wir müssen aber weiter fragen: Erfüllt der Zins zu allen Zeiten die Funktion, Geld dorthin zu bringen, wo es am dringendsten gebraucht wird? Gilt das zum Beispiel auch für die Zeit nach dem Abschluß des Wiederaufbaues, wenn die Produktionsanlagen neu erstellt sind oder sogar nicht voll ausgelastete Produktions-

anlagen als Überkapazität bestehen, die Bevölkerung reichlich, teilweise überreichlich mit Konsumgütern des niederen, aber auch mit solchen des gehobenen Bedarfs (Luxusgütern) versorgt wird und die Müllhalden überfließen und überschüssige Lebensmittel vernichtet werden müssen? Wohin lenkt der Zins dann die an anlagesuchendes Geld gebundenen Waren und Dienste, Unternehmer und Arbeitnehmer? Lenkt er sie dorthn, wo dringender Bedarf dafür besteht, z. B. in Entwicklungsländer oder in Umweltschutzprojekte? Lenkt der Zins etwa dieses Geld gar in arbeitsintensive Bereiche, wo der menschliche Einsatz unentbehrlich ist, z. B. in den Kauf arbeitsintensiv gestalteter Kunstwerke, in archäologische Ausgrabungen, in die Förderung privater Schulen, Theater, Forschungsprojekte oder in den menschlichen Dienst an kranken, behinderten, alten und jungen Menschen? Lenkt er dieses Geld z. B. in die Landwirtschft, die unter dem hohen Maschinen- und Materialeinsatz technischer Art leidet und deshalb mehr menschliche Arbeit braucht, also – wie andere arbeitsintensive Bereiche – ohne die spezifischen menschlichen Fähigkeiten nicht auskommt und deshalb wie diese ein beträchtliches Reservoir an Arbeitsplätzen bereit hält?

Nein! Weil weder die Entwicklungsländer noch Schulen, noch Theaterleute, Forscher, Künstler oder Landwirte, die arbeitsintensiv tätig sind, Zinsen zahlen können, wandern, – wie jedermann weiß – diese Gelder und damit die daran gebundenen Waren und Dienste und mit ihnen Unter- und Arbeitnehmer einen anderen Weg. Sie fließen dorthin, wo Zinsen wirken, d. h. in Bereiche, wo noch mehr Maschinen und Technik eingesetzt werden können und in Projekte, die aus irgendwelchen sonstigen Gründen Zinsen abwerfen.

Sie ernähren und versorgen die Zulieferindustrie der Atomkraftwerke, die Erbauer weiterer Fabriken und die Fabrikmanager und -arbeiter, die in den errichteten Fabriken arbeiten, deren Produkte aber wegen der überreichlichen Versorgung der Konsumenten noch schneller auf die Müllkippe geworfen werden. Denn die Zinserträge suchenden Gelder fließen in Projekte, wo Zinseinnahmen fließen könnten, also in sogenannte Wachstumsbranchen oder, weil es diese kaum noch gibt, über Staatsanleihen in den Straßenbau und andere mittelbar vom Staat betreute Projekte, z. B. der Atomindustrie. Wohin werden also durch den Geldkapitalzins in Zeiten des Überflusses die knappen Resourcen und die Menschen als Unter- und Arbeitnehmer gelenkt? In die Produktion von Gütern aller Art, die bereits reichlich bis überreichlich vorhanden sind; man produziert – um es übertrieben auszudrücken – für das dauernde Wachstum der Müllhalden. Wirtschaftswachstum ist daher gut für das Wachstum der Müllhalden und die Vernichtung von Resourcen! Das Menschenbild dieser Wirtschaftsordnung ist der auf die Erzeugung und den Konsum von Produkten reduzierte Mensch; der Mensch ist hier das Mittel zum Zweck, die Verzinsung des Zins suchenden Geldes zu garantieren! Mit

dem Prinzip der Marktwirtschaft, wonach der Bedarf die Produktion lenken soll, hat daher diese Zinswirtschaft (der Kapitalismus) nichts gemein.

Aber nicht nur an dieser Stelle wird Geld fehlgelenkt. Trotz schlechter Erfahrungen mit Zusammenbrüchen und Inflationen wird Geld unverdrossen auf Banken getragen, die ihrerseits, weil sie um ihre Kunden bemüht sein müssen, Kredite in alle Richtungen geben, wo Zinseinnahmen sprudeln können. Dabei lassen sich die Anleger durch Risiken nicht schrecken, sondern werden risikoblind. Man denke etwa an viele Abschreibungsprojekte, wo viele Leute immer wieder auf Betrüger hereinfallen. Ein besonders heikles Kapitel auf diesem Felde sind heute die Kredite an Entwicklungsländer, die allein deswegen laufend weiter Kredite erhalten, damit sie ihre Zinsen weiter zahlen können. Hier bewegt sich nichts außer dem zwischen den Schuldnerländern und Banken hin und her geschobenen Geld.

Wir sehen, es stimmt hier gar nichts: der Zins erfüllt in einer reichlich versorgten Wirtschaft und auch sonst die ihm zugeschriebene Funktion, Geld und die damit verknüpften Resourcen dorthin zu lenken, wo sie produktiv, aufbauend wirken können und deshalb gebraucht werden, nicht. Ich möchte nicht mißverstanden werden: meine Kritik betrifft nur die fragwürdige Lenkungsfunktion des Zinses für Geldkapital. Diese Kritik gilt nicht für den Unternehmergewinn. Dessen nützliche Lenkungsfunktion zu allen Zeiten, auch zu Zeiten einer auf vollen Touren laufenden Wirtschaft mit Überflußerscheinungen, steht außer Frage.

Fazit: Der Zins erfüllt in der Aufbauphase eine nützliche Funktion, in der auf vollen Touren laufenden Wirtschaft mit Überflußerscheinungen und darüberhinaus nur noch eine zerstörende Funktion, etwa wie ein Regler einer Maschine, der in der Startphase, im kalten Zustand gut funktioniert, aber später, wenn die Maschine die optimale Arbeitstemperatur erreicht hat, aussetzt und die Maschine nur noch Ausschuß für die Müllkippe produzieren läßt. Oder, um ein Beispiel aus dem Autobereich zu wählen: Vollgas ist gut in der Anfahrphase, wenn aber der Fuß auf Vollgas auf einer kurvenreichen Strecke auch dann noch stehen bleibt, wenn das Auto die mit seiner Kurvenstabilität verträgliche, optimale Geschwindigkeit erreicht hat, geht die Fahrt mit tödlicher Sicherheit in den Graben, landet das Auto schließlich auf dem Schrotthaufen und der Fahrer und seine Gäste verlieren ihr Leben. Die Philosophie der Zinswirtschaft unterscheidet sich von der Vollgas-Philosophie um jeden Preis in keiner Weise: sie ist auch tödlich!

Der Zins lenkt also einen beträchtlichen Teil der Einnahmen auf einen Umweg und in solchen Ausgaben, die längst nicht alle angebotenen Leistungen der Menschen, die in vielen arbeitsintensiven Bereichen offen stehen, erschließen. Weiter wirkt er, was hier im einzelnen nicht ausgebreitet werden soll, weil insoweit auf die unten zitierten Arbeiten von Dieter Suhr hinzuweisen ist, auch sonst kontrapro-

duktiv. Deshalb ist die Zinslenkung des Geldes Gift für die Vollbeschäftigung.

2. *Umlenkung über den Staat als Vollbeschäftigungsgefahr?*

Wir haben bereits gesehen, daß der Staat über Staatsanleihen in den für die Vollbeschäftigung giftigen Zins- und Zinseszinskreislauf eingespannt ist.

Der Staat greift aber heute auch sonst weit in die Einnahmen- und Ausgabenzusammenhänge ein. Ist er dabei ein für die Vollbeschäftigung nützlicher Umweg?

Er gibt, nicht zuletzt deswegen, weil wegen der Zinszusammenhänge nicht genug Geld in Forschung, Theater, Kunst, zu kranken, behinderten, alten und jungen Menschen fließt, viel Geld für diese Bereiche aus, so daß Vollbeschäftigungsimpulse davon ausgehen. Aber jedermann weiß, daß alle staatlichen Anstrengungen zur Zeit nicht ausreichen, um Vollbeschäftigung zu garantieren, ohne daß hier untersucht werden soll, woran das liegt. Der Staat ist nach allen Erfahrungen daher auch ein für die Vollbeschäftigung giftiger Umweg.

X. *Geldordnung als Ausweg*

Man könnte die Untersuchung über weitere Umwege noch fortsetzen. Aber mit dem Staat und dem Zins sind die bedeutendsten Umwegauslöser festgemacht. Deshalb liegt es näher zu fragen, was man gegen diese Umwege tun könnte. Soweit der Staat als Umweg in Betracht kommt, ist sein Einfluß zurückzunehmen, ohne daß das hier näher ausgeführt werden soll.

Sichtbar wurde, daß der Zins als wesentlicher Umweglenker auftritt. Auf die Frage, warum das so ist und wie dem abgeholfen werden kann, muß ich hier aber nicht eingehen. Denn inzwischen hat Dieter Suhr in seinem Buch »Geld ohne Mehrwert« (Frankfurt, Fritz Knapp Verlag, 1983) und in knapper und treffender Form in mehreren Aufsätzen, z. B. in »Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft« (Fragen der Freiheit, Heft 165/Nov., Dez. 1983, S. 3 ff.) das Mehrwert erzeugende Geld der heutigen Geldunordnung als ein wesentliches Vollbeschäftigungshindernis (unter vielen) ausgemacht und beschrieben, wie dieses Hindernis durch einer Veränderung der Geldverfassung überwunden werden kann: Dem Gelde müssen Durchhaltekosten, die Keynes beschrieben und Silvio Gesell gefordert hat, angehängt werden, damit es die Eigenschaft verliert, Mehrwert zu erzeugen. Auf diese Arbeiten kann ich verweisen.

Unter dem Regime einer so gestalteten Geldordnung – freilich nicht nur allein durch diese – wird meiner Meinung nach die Marktwirtschaft mit freien Unternehmern nicht noch länger als Wirtschaftsordnung erscheinen, die Arbeitslosigkeit, Rohstoffverschwendung, Umweltzerstörung und weitere Unordnung

erzeugt, sondern das wirklich wird, was sie nach ihrer Anlage ist: Die auf der Grundlage frei geschlossener Verträge ruhende Wirtschaftsordnung, in der die Gegensätze, die im Schlagwort vom Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit angesprochen sind, möglicherweise nicht vollständig, aber besser als in allen sonst denkbaren und realen Wirtschaftsformen aufgehoben werden können.

Zeitspiegel

Auf dem Wege zum freien Arbeitsvertrag?

Zwei bemerkenswerte Aufsätze in der *Frankfurter Allgemeinen* zum Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche geben Veranlassung, sich mit diesem Problem zu beschäftigen. Es handelt sich um die Artikel »Die Flucht aus der Verantwortung« von Norbert Blüm (FAZ Nr. 159 vom 21.7.84) und »In Zukunft neue Mittel für Lohnregelungen?« von Professor Dr. Klaus Adomeit (FAZ Nr. 176 vom 10.8.1984).

Beide Autoren begrüßen uneingeschränkt die von Georg Leber erreichte Lösung des Arbeitskampfes in der Metall- und Druck-Industrie, deren entscheidender Gedanke das Abgehen von einer für alle Branchen starren Wochenarbeitszeit ist: die Verkürzung der »Normalarbeitszeit« von 40 auf 38,5 Stunden soll – je nach speziellen Betriebsvereinbarungen – so flexibel gehandhabt werden können, daß einzelne Betriebe auch weiterhin bei 40 Wochenstunden verbleiben, andere bis auf 35 Wochenstunden herabgehen können. »*Betriebsnähe*« und »*Differenzierung*« sind die neuen »Schlüsselworte« (Blüm). Und weiter: »In der hochindustrialisierten Gesellschaft bricht sich die *Individualität* wieder Bahn – und das ist gut so.« (Blüm)

Über die Schwierigkeit, diese Entwicklungsrichtung zur Mannigfaltigkeit und Individualisierung weiterzuführen, ist sich Blüm durchaus im klaren, denn er verweist darauf, daß trotz der eindeutigen Zustimmung der Arbeitnehmer zu dieser Lösung die Funktionäre der IG Druck und Papier den Beschluß gefaßt haben, daß zukünftig Streiks auch ohne Urabstimmung möglich gemacht werden sollen. »Damit werden die Mitglieder zur politischen Manövriermasse für den Vorstand. Demokratie paradox.« (Blüm) Zugleich ermahnt aber Blüm auch die Funktionäre der Arbeitgeberverbände, die in gleicher Weise eine in den Entwurf eines Beschäftigungsänderungsgesetzes vorgesehene Differenzierung und dadurch Verbesserung der Beschäftigungssituation abgelehnt haben, sich darüber klar zu sein, daß sie damit »Anschläge auf den sozialen Frieden erwägen«. Solche »forderne Politik verdrängt (aber) den Kompromiß«, der allein zu Teilerfolgen führen kann. Denn »jede Leistung muß durch eine Gegenleistung erkauft werden« (Blüm). »Und wichtiger noch: Der Teilerfolg muß gegenüber der erwartungserfüllten Anhängerschaft vertreten werden. Das ist eine wirksame Medizin gegen überzogene Forderungen und Erwartungen – aber auch gegen Illusionen und Selbstbetrug.«

»Natürlich ist das auch ein beschwerlicher Weg. Er gibt Kompromissen jedoch Stabilität; denn Regelungen des Gesetzgebers können von beiden Seiten bekämpft werden, Kompromisse nicht. Deshalb bedrückt mich, daß manchen Verbänden ein schlechter Oktroy lieber ist als ein guter Kompromiß.«

Damit hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Norbert Blüm sich zu einem der wichtigsten Grundprinzipien aller Politik bekannt. Es ist nur schade, daß er nicht auch noch nach den tieferen Ursachen aller Arbeitskämpfe – nach der fehlenden »Gegenseitigkeit« von »Arbeit« und »Kapital« in unserer arbeitsteiligen Marktwirtschaft – gefragt hat. Insofern ist natürlich die von Georg Leber erreichte Lösung leider auch nicht mehr als ein erfolgreiches Kurieren an einem der wichtigsten Symptome unserer kapitalistisch verfälschten »freien« Marktwirtschaft.

Einen Schritt weiter noch als der Politiker Norbert Blüm geht der Arbeitsrechtler Professor Dr. Klaus Adomeit, dessen Aufsatz ausdrücklich noch die Unter-Überschrift trägt: »Es ist Zeit für den Abschied von der Tarifautonomie«. »Es steht nämlich seit langem die Tarifautonomie überhaupt zur Disposition. Der Gedanke eines Einheits-'Tarifs' jeweils für den ganzen Industriezweig hat sich als unzweckmäßig, als zerstörerisch erwiesen. Gut war dieser Gedanke gewesen, um aus den unsozialen Verhältnissen des 19. Jahrhunderts herauszuführen, gut auch für die Umschwungphase nach 1948. Aber in einem Höchstlohnland, das auf Export angewiesen ist, sich also in Konkurrenz mit Niedriglohnländern befindet, bei entsprechend geringen Profiten, wo die Unternehmen im Gespinst komplizierter Gegebenheiten (Währung, Rohstoffpreise, Politik) die Balance finden müssen, ist das Prinzip des erzwingbaren Tarifvertrags unangemessen. Dieses Prinzip hat seine Natur verändert, die Gewerkschaften können für das Wohl ihrer Mitglieder nicht viel tun, nur noch für das Wehe der Unternehmen und damit der ganzen Volkswirtschaft. ... Eine solche monopolistische Tendenz (der Gewerkschaften; wie im Falle der deutschen Werftindustrie) wird sonst, aus gutem Grund, von den Kartellbehörden unnachsichtig verfolgt. Sie führt zu der Absurdität, daß ein durchrationalisiertes Großunternehmen den Streik gar nicht versteht, weil es die geforderten Konditionen nahezu erfüllt hat, während dem handwerklich bestimmten Kleinunternehmen das Sterbeglöcklein läutet. Die Entwicklung zur Großtechnik, zur Konzentration, mag unvermeidlich sein, aber diese noch anzutreiben, ist nicht die Aufgabe der Gewerkschaften, auch nicht und erst recht nicht, wenn laut Marx die Akkumulation des Kapitals Vorstufe der Sozialisierung ist. ... Die Verfügungsmacht darüber, welcher Klein- und Mittelbetrieb überleben darf und welcher nicht, ist den Verbänden und den Gewerkschaften schlichtweg zu bestreiten.«

»Sind wir so weit, Streikrecht und Tarifvertrag als überflüssig oder schädlich ganz aufzugeben? Es gehört zu einer fortschrittlichen Sozialpolitik, daß man auch versteht, ein Instrument, das seinen Dienst getan hat, mit Dankbarkeit zu verabschieden. ...

»Eine erste sachgemäße und sozial fortschrittliche Möglichkeit wäre die Aufwertung des Einzelvertrages zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, dem man mehr Glauben schenken sollte. ... Wer sich aus dem sozialen Netz erhebt und auf ein solches Angebot eingeht, wird schon wissen, was er tut. (Prinzip Mündigkeit).«

Und Adomeit kommt alsdann auf die Bedeutung der Betriebsräte, die »durch die Leber-Tarifverträge verdientermaßen aufgewertet worden« sind. »Von der Idee her stehen sie neben den Gewerkschaften, werden sie aber eines Tages verdrängen.« ... »Der erzwingbare Tarifvertrag stellt dagegen (gegen die freiwilligen Betriebs-Rahmenverträge), in doppelter Weise, eine Anomalie dar gegenüber Grundgedanken der Rechtsordnung, einmal gegenüber dem Kartellverbot, zum andern gegenüber dem Verbot, einen Vertrag oder dessen Verbesserung durch Drohung mit empfindlichen Übeln zu erzwingen.«

»So muß die Tarifautonomie (im bisherigen Verständnis) ihre Fortexistenz ständig neu rechtfertigen, und seitdem nachweisbar ist, daß sie der Gesamtheit von Arbeitswilligen eher schadet als nützt, ist die Sache gegen sie entscheidungsreif.«

»Bei den Großindustrien würde sich an den Konditionen dadurch nichts ändern, wohl bei den kleineren. Angenehm wäre es, sich ein buntes Bild ganz verschiedener Arbeitsverhältnisse vorstellen zu dürfen, von hochtechnisierten bis zu handwerkli-

chen, mit jeweils verschiedener Lohnhöhe oder Arbeitszeit, das wäre die Bedingung. Die Freiheit der Entscheidung läge bei den Arbeitnehmern, welchen Arbeitsplatz – und dann gäbe es Arbeitsplätze – sie vorzögen. Denkbar wäre etwa eine Landmaschinenfabrik, in der junge Leute für den halben Lohn des Üblichen arbeiten, damit Besteller in den Entwicklungsländern etwas kaufen können, was für sie bezahlbar ist. Es ist viel Idealismus vorhanden, und dafür sollte man Wege zur Betätigung bahnen. Ein bloßer Ökonomismus ist kurzsichtig. Wenn wir für das Arbeitsrecht keine Phantasie entwickeln, dann wird es absterben; immer mehr Schwarzarbeit oder alternative Arbeit, zuletzt nichts mehr.«

Soweit Klaus Adomeit. Ist das alles realistisch gedacht? Sicherlich wäre gegen eine Verlagerung der Tarif-»Hoheit« von den Verbänden und ihren interessegebundenen Funktionären weg zu den vom Gedeih und Verderb der Betriebe abhängigen Betriebsräten hin zu begrüßen, zumal die Großverbände und Gewerkschaften auch noch von ganz anderen Mächten oder Ideologien abhängig sind: vom Großkapital bzw. vom staats-sozialistischen Gedanken marxistisch-kollektivistischer Provenienz. Aber der Gedanke, daß es dann für die Arbeitnehmer »die Freiheit der Entscheidung« gäbe, »welchen Arbeitsplatz sie vorzögen« – denn »dann gäbe es (ja) Arbeitsplätze« – geht völlig an den Tatsachen vorbei.

Denn Arbeitsplätze zur Auswahl wird es nur dann geben, wenn Vollbeschäftigung herrschen wird. Die Vollbeschäftigung ist aber nicht dadurch zu erreichen, daß man das Lohnniveau beliebig nach unten absinken läßt – denn, ganz abgesehen davon, daß dieser Tendenz nach unten sofort auch die Löhne in den Großbetrieben folgen würden, es fehlt bei der derzeitigen kapitalorientierten Währungs-»Ordnung« jede Aussicht, einmal wieder auf Dauer zur vollen Konjunktur und damit zur Vollbeschäftigung zu kommen.

Solange bei uns kein *Außenwirtschaftliches Gleichgewicht* herrscht – und das ist nur durch wirklich *frei bewegliche Wechselkurse* und ohne jede währungspolitische Interventionsverpflichtungen zu erreichen –; solange, ferner, bei uns keine *Geldwertstabilität* herrscht – und diese ist nur durch eine konsequente *Geldmengenpolitik, orientiert am Lebenshaltungsindex*, zu erreichen –; und solange bei uns die *Geldumlauf-Geschwindigkeit* nicht *konstant* gehalten wird – und das läßt sich (bei Erhaltung der Geldwertstabilität!) nur durch eine von Zeit zu Zeit wiederkehrende *Bargeld-Umtausch-Pflicht, verbunden mit einem Aufgeld in angemessener Höhe*, erreichen –, solange wird es bei uns keine Dauer-Vollbeschäftigung und mithin keine freie Arbeitsplatzwahl geben.

Nur wenn alle Einkommen in Geld stetig zur effektiven Nachfrage werden, wird es auch zu einer stetigen Konjunktur kommen; wird die »Liquiditätspräferenz« der Geldbesitzer bei unstabilen Währungsverhältnissen; und wird der Abfluß von Geld ohne Gegenleistung ins Ausland aufhören und entsprechend im Inland nachfragehaltend auf den Markt treten.

Erst dann wird Gegenseitigkeit und – dadurch – Freiheit im Wirtschaftsleben bei uns herrschen. Solange diese Voraussetzungen nicht geschaffen sein werden, solange werden alle Bemühungen um »Gegenseitigkeit« vergebens und nichts anderes als hilfloses Kurieren an den Symptomen unserer bislang kapitalistisch verfälschten »freien« Marktwirtschaft sein.

Fritz Penserot

Buchbesprechung

Hans Hoffmann: 75 Jahre Schweizerische Nationalbank in Konzeptions- und Zielkonflikten

oder

Der »heilige Krieg« im Kampf für

Goldfeste Wechselkurse

gegen

den »heiligen Krieg« im Kampf für

Indexfestes Preisniveau

Mit diesem Werk hat Hans Hoffmann geradezu eine »Fundgrube von Zitaten, Argumenten, Kommentaren, Interdependenzen, Simultaneitäten und Detailwissen für währungs- und wirtschaftspolitisch Interessierte« zusammengestellt, deren eingehende Lektüre in der Tat jedem empfohlen werden kann, dem es um eine Überwindung jener währungspolitischen Mängel geht, die zur Zeit Geldwertstabilität, Dauervollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht – und damit die Grundvoraussetzungen einer freiheitlichen, gerechten und mithin Sozialen Marktwirtschaft – verhindern.

Ausgehend von der Entwicklung des Geldwesens in der Schweiz bis zur Eröffnung der Schweizerischen Nationalbank im Jahre 1907 schildert Hans Hoffmann in allen Einzelheiten den Status dieser Bank bis zur heutigen Organisation; die Rechtsform; die interne Organisation; die Mitwirkung des Bundes; die Aufgaben der Bank gemäß Bundesverfassung, sowie gemäß Nationalbankgesetz und schließlich das Instrumentarium der Bank, um daran anschließend einige grundsätzliche kritische Bemerkungen dazu zu machen.

Da gerade diese kritischen Bemerkungen am ehesten einen Eindruck von Hoffmanns Anliegen vermitteln dürften, seien nachstehend einige Zitate daraus gebracht. So schreibt er zur Hauptaufgabe der Schweizerischen Nationalbank u. a. wie folgt:

»Die alte Formulierung (des Nationalbankgesetzes), die Nationalbank habe die Hauptaufgabe, 'den Geldumlauf des Landes zu regeln', wie auch die heutige Version, sie habe 'den Geldumlauf des Landes zu regeln und eine den Gesamtinteressen des Landes dienende Kredit- und Währungspoltik zu führen', erteilen der Notenbank keinen schlüssigen, eindeutigen Auftrag, vermitteln keine Zielvorstellung – offenbar weil der Gestzgeber keine hatte und alles offen lassen wollte.

»So war es den Notenbankleitern im Verlaufe der 75 Jahre unbenommen, völlig legal

- sowohl lang sich hinziehende Inflations-Perioden mit Milliarden-Kaufkraftverlusten an Geldwerten: 'Inflation – unerfüllter Stabilitätsauftrag' (NZZ-Titel, Nr. 268, 17.11.1979)
- wie auch das Gegenteil: Deflation mit dem Ruin großer Teile unserer Wirtschaft, verbunden mit hohen Arbeitslosenquoten, durchzuführen
- und vor der ahnungslosen Öffentlichkeit ruhigen Gewissens zu vertreten.

»Ferner haben es verschiedene Notenbankleiter zuwegegebracht – ebenfalls völ-

lig legal – unter den 'Gesamtinteressen des Landes'

- sowohl an fixe Goldparitäten gebundene *feste* Wechselkurse
- als auch das Gegenteil davon: von Goldparitäten losgelöste *flexibele* Wechselkurse zu verstehen.

»Es war somit während Jahrzehnten unter derselben Aufgaben-Formulierung statthaft,

- einerseits der *Wechselkurs-Stabilität* das Primat zu geben – unter bewußtem Ausschluß der Preisniveau-Stabilität –
- andererseits wie heute, genau umgekehrt, den 'Auftrag des Gesetzgebers' primär als Forderung der *Preisniveau-Stabilität* zu verstehen – unter ebenso bewußter Hintansetzung der Wechselkurs-Stabilität.
- Oben: Währungsstabilität nach außen, unten: Währungsstabilität nach innen;
- beides nicht miteinander vereinbar;
- aber beides auf Grund derselben Aufgabendefinition legal!
- Heute zuweilen: Versuch einer währungspolitischen Misch-Politik, 'schmutziges Floaten' genannt; d. h. trotz grundsätzlicher Wechselkurspolitik des Floatings Interventionen am Devisenmarkt unter bewußtem Risiko der Preisniveau-*De*stabilisierung in der Hoffnung, die landesinnere Kaufkraft des Frankens werde davon möglichst wenig verändert ... aber eben: nur in der Hoffnung!

»*Hier haben 75 Jahre Notengesetzgebung versagt und noch zu keiner klaren Doktrin geführt.*«

Zum Schluß seines Buches kommt *Hans Hoffmann* zu folgender »*Aufforderung an die Bundesbehörden und an die Parlamentarier:*

»Es wird in allernächster Zukunft Aufgabe und Pflicht der Bundesbehörden und des Parlaments sein, *in Verfassung, Gesetz und Bundesbeschlüssen eine einwandfreie Rechtsgrundlage zu schaffen.*«

»Damit werden die Politiker angesprochen und mit ihnen das durch sie vertretene Volk.

»Ohne genügende Grundkenntnisse nützen parlamentarische Kommissionsbemühungen, Expertisen und Monsterdebatten ebensowenig wie nachher vier Millionen Stimmzettel in den Händen nicht informierter, mündiger Bürger und Bürgerinnen.

»Ein solcher Zustand ist eines kultivierten Staates unwürdig.

»Es wird in allernächster Zukunft Aufgabe und Pflicht der Bundesbehörden und des Parlamentes sein, ein *'Bundesamt für Information'* auf geld-, währungs- und wirtschaftspolitischem Gebiet zu schaffen, das in Zusammenarbeit mit den Kantonen, der Presse, den Massenmedien sowie mit den Schulen und den Organisationen der Erwachsenenbildung für ein breitgestreutes, gesichertes Wissen besorgt ist.«

Und ganz analoge Forderungen richtet Hans Hoffmann schließlich an die Wissenschaft, an Fachgremien, an die Bundesbehörden und an die Nationalbank – alle darauf abzielend, diese zu befähigen, »ihre zur parlamentarischen Behandlung und zum Entscheid vorgelegten Verfassungs- und Gestzesrevisionen selbständig zu beurteilen.« Denn:

»Die Bedeutung der Währungsproblematik für das Schicksal der Länder und Völker ist dermaßen evident, ethisch und sozial verpflichtend, daß keine Anstrengung gespart und keine Gelegenheit übersehen werden darf, um heutige Utopien Schritt für Schritt wahr zu machen.« Denn:

»Die Utopien von gestern sind die Realitäten von morgen.«

Freilich – der Optimismus, der aus Hans Hoffmanns Forderungen nach besserer Information der Wissenschaftler und Politiker, ja der ganzen Bevölkerung spricht, daß sich daraus allmählich eine vernünftigere Wirtschafts- und Währungspolitik ergeben könnte, dürfte verfehlt sein. Wer seine Hoffnung auf die Einsicht der Vielen setzt, der kann nur Enttäuschungen erleben. »Verstand ist stets bei Wenigen nur gewesen.« Nur eine integere, große Persönlichkeit – ein Solon der Währungspolitik – könnte einmal Ordnung schaffen und damit zugleich die Grundbedingungen für den inneren, und, daraus resultierend, für den äußeren Frieden.

Wie es mit dem Vertrauen der Menschen auf den Verstand aussieht, das hat gerade soeben eine Umfrage des Allensbacher Instituts von Frau Professor Noelle-Neumann (lt. FAZ vom 24.7.84) ergeben. Danach bringt ein großer Teil der jungen Generation der Sachkenntnis der Politiker und Wissenschaftler nicht nur ein tiefes Mißtrauen entgegen, sondern »der Verstand und die Sachkenntnis (sind sogar) kein positiver, sondern ein negativer Wert«; mit allen Folgen, die sich daraus für die Politik auf allen Gebieten ergeben.

Leider hat Frau Noelle-Neumann allerdings nicht die Frage untersucht, wie es zu dieser fatalen Verweigerungshaltung gekommen ist. Sie hätte dann vielleicht auch erfahren, daß die Wissenschaftler *und Politiker selbst die Schuld daran tragen*; und nicht etwa »die Habermas'sche Konnotation von Erkenntnis und Interesse«, die »die Erwartung und den Anspruch an eine selbstkritische, sich selbst reinigende Fähigkeit des Verstandes gänzlich zerstört zu haben scheint«. Nein, nicht Habermas ist schuld daran, daß man »im Bereich der Politik . . offensichtlich nicht mehr darauf vertraut, daß der Verstand in erster Linie die wissenschaftliche Erkenntnis bestimmt, sondern das parteiische Bewußtsein oder auch unbewußte Interessen«, sondern die Politiker und ihre wissenschaftlichen Zuarbeiter tragen die Schuld hierfür. Die Wissenschaftler und Politiker selbst sind unglaubwürdig. Sie selbst, ihr eigenes Verhalten ist die Ursache des Vertrauensverlustes in ihren Verstand und in ihre Integrität.

Nur wenige Stichworte: Umweltschutz, Waldsterben, Autoabgas-Entgiftung, »Buschhaus« (selbst die Mainzer Allgemeine Zeitung fragte heute dazu: »Nur Schwüre?«), Parteispenden, Wörner-Kießling, ethisch-moralische »Wende« . . . Ist es da noch verwunderlich, wenn man dem »Verstand« der maßgebenden Persönlichkeiten kein Vertrauen mehr entgegenbringt, ihnen sehr wohl aber »Interessen« – welcher Art auch immer – und dies zu recht (!) unterstellt? Und wenn man infolgedessen *allen* »Verstandes«-Äußerungen keinen Glauben mehr schenken kann?

Unsere Politiker und ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter selbst haben es also in allererster Linie in der Hand, ob das Vertrauen der jungen Generation in den »Verstand« des Menschen wiederkehren oder ob es einer immer weiter fortschreitenden Resignation oder einem zerstörerischen Zynismus gänzlich weichen soll.

Fritz Penserot

Trotz den heiligen Versprechen der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz dem Ruf der Millionen: »Nie wieder Krieg«, entgegen all' den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft, muß ich es sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft beibehalten wird, so wage ich es heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz den großen Kriegsverlusten und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. An vielen Grenzpfählen wird man dann eine Tafel mit der Aufschrift lesen können: »Arbeitsuchende haben keinen Zutritt ins Land, nur die Faulenzer mit vollgestopftem Geldbeutel sind willkommen.« Wie zu alten Zeiten wird man dann nach Länderraub trachten und wird dazu Kanonen fabrizieren müssen, man hat dann wenigstens für die Arbeitslosen wieder Arbeit. In den unzufriedenen Massen werden wilde, revolutionäre Strömungen wach werden und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein.

Silvio Gesell 1918 in einem Offenen Brief an die »Berliner Zeitung am Mittag« (zitiert in *Hans Hoffmann:* »75 Jahre Schweizerische Natinalbank in Konzeptions- und Zielkonflikten«.)

* * *

»Seither liegt die Priorität der Notenbankpolitik eindeutig und weitherum unbestritten bei der *Preisstabilität,* was freilich in unseren schweizerischen Verhältnissen nicht besagt, daß der Wechselkurs nicht vernachlässigt werden darf. Aber unser heutiges währungspolitisches Weltbild steht doch – man verzeihe mir als ehemaligem Sekretär der Vereinigung für gesunde Währung das Sakrileg – gewissen Ideen *Silvio Gesells* näher als den Vorstellungen der Gründer der Vereinigung. ... Wir bei der Nationalbank orientieren uns gewiß nicht einseitig an den Lehren toter oder lebender Ökonomen, aber wir leugnen auch nicht deren Einfluß auf unser Denken und Handeln.«

Dr. Dr. h. c. Fritz Leutwiler,
Präsident der Schweizerischen
Nationalbank, 1980

Heinz Hartmut Vogel
zum siebzigsten Geburtstag – 22. August 1984

Dir sei gewidmet, was Du oft selbst als Goethesche Lebensmaxime zitiert hast:

»Denn dieses scheint die Hauptaufgabe der Biographie zu sein, den Menschen in seinen Zeitverhältnissen darzustellen und zu zeigen, inwiefern ihm das Ganze widerstrebt, inwiefern es ihn begünstigt, wie er sich eine Welt- und Menschenansicht daraus gebildet, und wie er sie ... wieder nach außen abspiegelt. Hierzu wird aber ein kaum Erreichbares gefordert, daß nämlich der Mensch sich und sein Jahrhundert kenne, sich, inwiefern er unter allen Umständen derselbe geblieben, das Jahrhundert, als welches sowohl den Willigen als Unwilligen mit sich fortreißt, bestimmt und bildet ...«

Goethe Dichtung und Wahrheit (Einleitung)

Motive Deiner Kindheit zeigen Dich schon früh vom Schicksal durch eigenes Erleben von Krankheit und Heilung zur Heilkunst geführt. Früh auch hat Dich die Familie aus Hege und Hort entlassen. Das größte Zeitschicksal trat Dir um das 21. Lebensjahr mit den Schreckensbildern der Verführung und der Gewalt entgegen und öffnete in Dir die Fragen nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit im sozialen Leben, während Dir gleichzeitig die Heilkunst zum Beruf wurde. Über all dem schwebte in Deinem Schicksal die Gunst vielfacher freundschaftlicher Verbindungen und liebevollen mitmenschlichen Verständnisses. Aus diesen Kräften konntes Du in allen Zeitwirrnissen *unter allen Umständen Derselbe* bleiben. Von diesem Standort aus blicken wir durch Dein Vorbild in die Zukunftsräume neuer heilender Erkenntnisse.

Eine freie Gemeinschaft hat sich um Dich gebildet, und ist in einer Runde versammelt. Ihr Raum ist keine Krypte, sondern eine Turmkapelle, aus der man durch viele Fenster in weite Bezirke zukünftiger Lebens- und Weltgestaltungen schaut.

Bad Boll zum 22. August 1984

Ankündigungen des Trithemius-Institutes

Bad Boller Medizinisches Seminar

Grundlagenseminar III

Beginn: Freitag, 31. August 1984, 9.30 Uhr
Ende: Sonntag, 2. September 1984, 12.00 Uhr
Ort: Im Hause der Firma Wala in 7325 Eckwälden bei Bad Boll

Thema: Erkrankungen des alten Menschen
– körperliche, seelische und geistige Wandlung

Freitag, 31. August

9.30–10.30 Uhr	Dr. med. H.-H. Vogel Verjüngung und Erhaltung der Organe – die Bedeutung des Mesenchyms –
10.45–11.45 Uhr	Jürgen Becker Arzneimittelbilder
anschließend	Aussprache
12.15–14.30 Uhr	Mittagspause
14.30–15.30 Uhr	Dr. med. Gerhardus Lang Plethorische Erkrankungen im Alter
15.45–16.45 Uhr	Dr. med. Hans-Jürgen Scheurle Herz- und Gefäßerkrankungen des alternden Menschen und ihre Therapie
17.00–18.30 Uhr	Arbeitsgruppen
18.30–20.00 Uhr	Abendpause
20.00 Uhr	Dr. med. Karl Buchleitner Die sieben Entwicklungsstufen Der alternde Mensch

Bad Boller Medizinisches Seminar

Samstag, 1. September

9.–10.00 Uhr	Dr. med. Martin Stübler Homöopathie in der Geriatrie 1. Teil
10.15–11.000 Uhr	Dr. med. Martin Stübler Homöopathie in der Geriatrie 2. Teil
11.00–12.00 Uhr	Aussprache
12.00–14.30 Uhr	Mittagspause
14.30–15.30 Uhr	Dr. med. Helmut Sauer Medizinische, hygienisch-pflegerische Probleme des alten Menschen
15.45–16.45 Uhr	Dr. med. Erwin Schlüren Das Klimakterium
16.45–18.00 Uhr	Arbeitsgruppen
18.00–20.00 Uhr	Abendpause
20.00 Uhr	Dr. Lothar Vogel Der alte Mensch in der Gesellschaft

Sonntag, 2. September

9.00–10.00 Uhr	Dr. med. Peter Matthiessen Sinnesverlust und Bewußtseinsgewinn im Alter
10.15–11.00 Uhr	Dr. med. H.-H. Vogel Involution und Evolution – Lebenskeim und Schicksalsfrucht –
zugleich	Zusammenfassung

Tierärzte-Tagung

Beginn: Samstag, 8. September 1984, 9.30 Uhr

Ende: Sonntag, 9. September 1984, 12.30 Uhr

Ort: im Hause der Firma WALA in Eckwälden/Bad Boll

Thema: Erkrankungen und homöopathische Therapie des Bewegungsorganismus und der Atemwege bei Pferd (Schwerpunkt), Rind und Schwein

Samstag, 8. September 1984

9.–9.30 Uhr	Dr. med. H.-H. Vogel Grundsätze der Homöotherapie der Atemwegserkrankungen beim Menschen im Vergleich zum Tier (Pferd)
9.45–10.30 Uhr	Dr. med. vet. Dietrich Wiendieck (Gestüt Hilliggrund) Das Pferd 1. Teil: Erkrankungen und Therapie des Bewegungsorganismus
10.45–11.30 Uhr	Das Pferd 2. Teil: Akute Erkrankungen des Atemsystems
11.30–12.15 Uhr	Aussprache, Fragenbeantwortung, Diskussionsbeiträge zum Thema (angemeldet Dr. med. vet. Dieter)
12.30–14.00 Uhr	Mittagspause (Mittagessen im Gasthof Albblick und Kurhaus-Restaurant, Essensmeldung beim Tagungsbüro)
14.00–14.45 Uhr	Dr. med. Heinz Hagen Homöopathische Behandlung der Wirbelsäulenerkrankungen beim Hund

Tiermedizinisches Seminar

15.00–15.45 Uhr Dr. med. vet. W. Höfer, Dr. med. vet. Barbara Münchau

1. Krämpfigkeit der Rinder
(rheumatische Erscheinungen)

2. Atemwegserkrankungen
und ihre homöophatische Therapie
Erfahrungen im zoologischen Garten

16.00–16.45 Uhr Dr. med. vet. Ulrike Bielitz
(Bauck-Höfe, Amelinghausen)
Die Bedeutung der biologisch-dynamischen Landwirtschaft für die Tiergesundheit (der gesunde Hof)

16.45–17.45 Uhr Dr. med. vet. A. Weiß

1. Behandlung einer dämpfigen Stute
Akupunktur und kombinierte homöopathische Behandlung
(mit Videofilm)

2. Behandlung einer Schulterlähme eines Bullen
Akupunktur (Videofilm)
mit grundsätzlichen Bemerkungen zur Akupunktur

18.00–20.00 Uhr Aussprache und Diskussionsbeiträge

anschließend Treffen im Gasthof »Löwen«, Boll

Tiermedizinisches Seminar

Sonntag, 9. September 1984

8.00–8.45 Uhr Dr. Volker Seelbach
Der Typus der Haustiere: Pferd, Rind, Schwein

9.00–9.45 Uhr Dr. med. vet. Ulrich Spielberger
Störungen des Bewegungsorganismus beim Schwein, insbesondere der Muskulatur
und deren Therapiemöglichkeit

10.00–10.45 Uhr Dr. med. vet. Hartmut Krüger
Chronische obstruktive Atemwegserkrankungen und ihre homöopathische Behandlung beim Pferd

11.00–11.15 Uhr Dr. rer. nat. pharm. Roland Schaette
Biologische (pflanzliche und mineralische) Zusatzfütterung zur Stabilisierung des Bindegewebes, der Muskulatur und der Gelenke

11.15–12.00 Uhr Dr. med. vet. Walter Greiff
Praktische Homöopathie in der Tiermedizin

12.00–12.30 Aussprache
Dr. med. vet. Hartmut Krüger
Dr. med. H.-H. Vogel
Zusammenfassung und Abschluß

Seminar für Kunst- und Kulturanthropologie

Konferenz des Initiativkreises

im Trithemius-Institut

7325 Boll, Badstraße 35

»Das Bewegungselement in den Künsten«

vom 3. bis 5. September 1984

(nur persönliche Einladung)

Initiative

Abonnenten werben Abonnenten!
Haben Sie schon daran gedacht?

Bad Boller Medizinisches Seminar

– im Trithemius-Institut –
– Freies Hochschulkolleg e. V. –

Heilmittellehre auf der Grundlage von Homöopathie und Menschenkunde

Einladung zum Intensiv-Seminar

Dauer: 1 Woche

Folge: 2 x jährlich (vorerst 4 Folgen)

Tagungsort: Ev. Gemeindehaus, 7325 Boll

Veranstalter: Bad Boller Medizinisches Seminar

Leitung: Dr. med. Gerhardus Lang

Mitwirkende: Dr. med. Jürgen Becker
Dr. med. Hans-Jürgen Scheurle u.a.

Termin: Montag, den 15. Oktober 1984 bis
Samstag, den 20. Oktober 1984

Kursgebühr: DM 350.--, Studenten auf vorherigen schriftlichen Antrag DM 150.--.

Teilnehmerzahl beschränkt auf maximal 60.

Teilnahme nur nach vorheriger Bezahlung der Kursgebühr auf das Konto Nr. 483 000 027, BLZ 600 697 66 bei der Raiffeisenbank in 7325 Boll. Die Anmeldung ist verbindlich. Sie wird nach Eingang der Kursgebühr bestätigt. Die Anmeldungen werden nach der Reihenfolge des Zahlungseinganges berücksichtigt. Wegen Unterbringung wende man sich bitte an das Verkehrsamat in 7325 Boll.

Beginn: Montag, den 15. Oktober 1984 um 9.00 Uhr.
Das Tagungsbüro ist ab 8.00 Uhr geöffnet.

Anreise: Sonntag, den 14. Oktober 1984.

Auf vielfachen Wunsch werden ab Oktober 1984 Aufbauseminare von 1 Woche Dauer zur Einführung in die Heilkunde durchgeführt. Sie sollen systematisch in die Praxis der Heilmittelfindung einführen und den Gebrauch der Werkzeuge (Arzneimittellehren, Repertorien) erlernen und üben. Insbesondere soll auch Mineralogie, Botanik und Zoologie der besprochenen Substanzen sowie deren Physiologie zum erweiterten Verständnis der Heilmittel und ihrer therapeutischen Bereiche behandelt werden. Mythologie und Märchen sollen als weitere Grundlage zum Verständnis der Heilkunde herangezogen werden.

Empfehlenswerte Bücher zur Vertiefung der Seminararbeit:

Arzneimittellehre:	Metzger, Boericke, Farrington, Gert-Witte, Kent, Nash.
Repertorium:	Kent, Synthetisches Repertorium nach Barthel/Klunger.
Mythologie:	Ilias, Odyssee, Schwab: Sagen des klassischen Altertums, die Bibel, germanische Götter- und Heldensagen u. a. Goethe: Faust I und II, Wilhelmm Meister Lehr- und Wanderjahre, Gedichte, West-östlicher Diwan.
Theorie der Medizin:	Kent: Zur Theorie der Homöopathie. Köhler: Einführung in die Homöopathie. Braun: Systematik der Homöopathie. Rudolf Steiner: Grundlegendes zur Erweiterung der Heilkunst.

Für die Repertorisationsarbeit ist es unbedingt nötig, daß jeder ein eigenes Repertorium besitzt. Dieses sollte für die Arbeit mitgebracht werden. Wünschenswert wäre es, wenn bereits eine gewisse Kenntnis der homöopathischen Arzneimittellehre sowie des Repertoirisierens vorliegt. Wir werden jedoch die Arbeitsgruppen so einteilen, daß auch Anfänger zu ihrem Recht kommen.

Freie Forschungs- und Studiengemeinschaft Universitas

Wir möchten Sie hiermit über die nächsten Tätigkeiten der Forschungsgemeinschaft auf dem Laufenden halten.

Im Herbst dieses Jahres werden wir in Hannover ein zweiwöchiges Seminar mit Prof. Petersen über »Die Therapeut-Patient-Beziehung«, vom 1. bis 12. Oktober durchführen. Dieses Seminar steht als Angebot im Universitas-Verzeichnis.

Die Arbeit über die »Vier Elemente« hat mit dem vergangenen Seminar über das Element »Erde« einen vorläufigen Abschluß gefunden. Seit 1981 fanden insgesamt sechs Seminare zu diesem Thema statt. Da ein großer Teil der Studentengruppe regelmäßig teilnehmen konnte, hat sich im tätigen Miteinander eine fruchtbare Gemeinschaft gebildet.

Im nächsten Jahr soll ein neuer Seminarzyklus über das Thema »Heilung« (im umfassendesten Sinne) beginnen. Wir werden Sie rechtzeitig davon unterrichten.

Ein Symposion über den »Wahrheitsbegriff in der Wissenschaft« ist geplant.

Der Zins, den wir bezahlen

Sonderheft (noch wenige Exemplare vorhanden)

Das *Seminar für freiheitliche Ordnung* widmet Heft 167 der Fragen der Freiheit ganzheitlich dem Problem: *Der Zins, den wir bezahlen.* Es wird damit Titelbild und Text der 1963 von der LSPS in dritter Auflage herausgegebenen, längst vergriffenen Streitschrift unseres unvergeßlichen Freundes *Werner Schmid* in verdankenswerter Weise wieder aufgenommen und einer Reihe weiterer Aufsätze vorangestellt.

Dr. Heinz Hartmut Vogel leitet mit der Darstellung des »traditionellen Geldes mit Eigenwert« ein, das als eigentliches *Rechtsdokument zum Handelsobjekt* mit ihm anhaftendem *Vermögenscharakter* geworden ist, und solchermaßen *wie ein knappes wirtschafliches Gut gegen Zahlung einer Miete (Zins) ausgeliehen werden kann.*

Werner Schmid kritisiert bekanntlich die Tatsache, daß Hansli in der Schule wohl lernt, »wieviel Zins bekomme ICH mit Zins und Zinseszins in zwanzig Jahren« – ihm aber nicht zu bedenken gegeben wird »Wer soll das bezahlen«. Er wird es dann lernen, wenn er groß ist und ein eigenes Geschäft auftun will. Was der kleine Hansli, vermeintlich als Geschenk der Bank, einnimmt, das muß der große Hans der Bank für einen ihm gewährten Kredit bezahlen. Wir wissen es alle – oder haben wir es vergessen?:

»Die nötigen Maßnahmen sind bald einmal umschrieben:
1. Die Nationalbank muß den Geldumlauf des Landes so regeln, daß die Kaufkraft des Frankens stabil bleibt, daß sie weder durch Inflation sinkt, noch durch Deflation steigt.
2. Wenn die Folge der dauernd guten Konjunktur, die sich daraus ergibt, die Kapitalbildung wächst und auf den Zinsfuß drückt und dadurch ein Geldstreik ausgelöst wird, hat sie Maßnahmen zur Sicherung des Geldumlaufes zu ergreifen. Dadurch wird das Kapital zum Angebot gezwungen, der Zinsfuß sinkt weiter, das Arbeitseinkommen steigt zu Lasten des arbeitslosen Einkommens.
3. Um ein Ausweichen des Kapitals auf den Boden zu verhindern, ist der Boden durch die Gemeinde zurückzukaufen und im Baurecht oder in Erbpacht abzugeben. Dadurch wird die steigende Grundrente der Allgemeinheit zugeführt.«

Prof. Dr. Ernst Winkler befaßt sich mit **Silvio Gesells Zinslehre – Sachliche Berichtigung und naturphilosophische Würdigung.**
Winkler unternimmt es, die »Zinstheorie« vieler Freiwirtschafter, wonach die Hortungsfähigkeit in Verbindung mit dem Liquiditätsvorteil des Geldes (Joker-Vorteil nach Dieter Suhr) dessen Zinserpressereigenschaft begründe, zu berich-

tigen. Er tut dies mit vollem Recht und in erfrischender Klarheit. Die sog. »Unterlegenheit der Ware« gegenüber dem »Geld« ist bereits im Preis einkalkuliert und *»die Überlegenheit des Geldes kann auf dem Warenmarkt allenfalls den Absatz von Waren blockieren, aber keinesfalls eine Zinsbildung verursachen.«* In der »naturphilosophischen Würdigung« setzt sich *Winkler* auch mit der *biokybernetischen Wirtschaftsordnung* auseinander. Er fordert eine *biokybernetische Anpassung des Geldes an die Natur: »Die 'Unnatürlichkeit' unseres Geldes beruht also nicht primär auf seiner 'Unvergänglichkeit' (Silvio Gesell), sondern nur sekundär durch deren Verbindung mit seiner 'Liquidität' (J. M. Keynes) bzw. 'Joker-Eigenschaft' (Dieter Suhr), die ihm als allgemein gültigem und wirksamem Tauschmittel ohne die Auflage der 'Vergänglichkeit' eine entscheidende und verhängnisvolle Überlegenheit über alle Waren bzw. wirtschaftlichen Transaktionen verschafft.«*

Von **Dieter Vogel** wird eine bemerkenswerte Abhandlung mit dem Titel **Rudolf Steiner und der Zins** geboten. *Steiner* anerkennt den Zins in der Leihgeldsphäre als notwendige Funktion der Gegenseitigkeit, lehnt ihn aber als arbeitsloses Einkommen so drastisch wie nur möglich ab, und er bezeichnet ihn geradezu als *soziales Krankheitssymptom.*

Der interessierte Leser findet sodann eine reiche Zitatensammlung vom Altertum bis in die Neuzeit.

Helmut Creutz äußert sich zum Dauerbrenner **Geldschöpfung durch die Banken.** *»Würden die Banken tatsächlich Gelder und Krdite 'aus dem Hut zaubern' können, die sie dann – ohne Einleger mit Zinszahlung bedienen zu müssen – gegen hohen Zins verleihen, dann müßte das aus jeder Bankbilanz doch wohl ersichtlich sein. Die Bilanzen der einzelnen Institute, wie auch die Zusammenfassungen der Bundesbank, lassen aber für solche Zaubertricks und Supergewinne nicht den geringsten Raum: Jeder Kredit, für den man Zins kassiert, ist durch entsprchend hohe Einlagen oder Eigenkapitalien gedeckt, für die man Zinsen abzuführen hat.«* Die illustrativen *Creutz'schen Tabellen* untermauern seine beachtenswerten Ausführungen.

Einige nicht minder interessante Buchbesprechungen beschließen das bemerkenswerte Bändchen: *»Eigentumsdelikt im großen Stil durch Hochzinspolitik«* – *»Die Zinskatastrophe« (Freiherr von Bethmann)* – *»Geld- und Bodenwucher, Grundursache der Umweltzerstörung«.*

Die Mitwirkenden dieses Heftes

Lothar Vogel	Dr. med., 7325 Boll, Badstraße 35
Paul Fischer	4630 Bochum 7, Hauptstraße 152a
Silvio Gesell	
Jobst von Heynitz	8000 München 22, Isartorplatz 8/II
Fritz Penserot	6570 Kirn, Dhauner Straße 182

Vorankündigung für Heft 170 September/Oktober 1984

Neue Oekologie

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« Nr. 1 bis 123 erschienenen Beiträge befindet sich in Heft 99/100 und Heft 123.

Herausgeber der Zweimonatsschrift »*Fragen der Freiheit*«
Trithemius-Institut
Für das Seminar für freiheitliche Ordnung
Diether Vogel †, Lothar Vogel, Heinz Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Boll, Badstraße 35, Postfach 1105, Telefon (07164) 2572

Preis: Jahresabonnement DM 48.–, sfr. 40.–, ö.S. 350.–

Einzelhefte: DM 8.50, sfr. 7.–, ö.S. 60.–

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20011/BLZ 61050000
Raiffeisenbank Boll Nr. 483000000/BLZ 60069766

Postscheck: Frankfurt am Main 261404-602
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30731
Österreich: Postsparkassenamt Wien 7939686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4

Motto aus: Damaschke, Geschichte der Nationalökonomie

Gesamtherstellung: Schäfer-Druck GmbH, Göppingen